



WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



Mitteilungsblatt Nr. 2 · 5. Jahrgang · Februar 1953



Unser Titelbild

und das nebenstehende Bild
zeigen — wie auch die Foto-
montage auf der dritten Um-
schlagseite — Ausschnitte aus
unserem neuen Saal und dessen
Einweihung

Inhalt

Der neue Saal ist für alle offen

Entwicklung des Kohlen-
und Stahlmarktes

Kohle und Stahl für 155 Millionen
Menschen in sechs europäischen
Ländern

Atom-Geographie der Gegenwart

Wir skizzieren und glossieren

Das Blut der Welt

Der Aufbau der Demokratie

Ein neues Wohnungsbauvorhaben

Vertrauensleuteversammlung

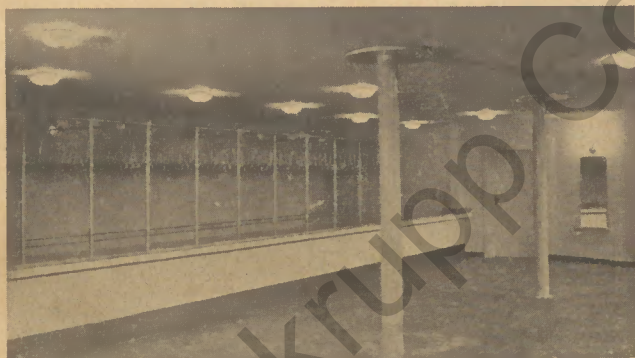
Wie werde ich meinen Schnupfen los?



Der neue Saal ist für alle offen



Es ist ungewöhnlich, daß wir auf der Titelseite unserer Zeitschrift etwas anderes bringen als das Bild eines Betriebes, einer Maschine oder eines Kollegen, der in ihm und an ihr werkt. Mit unserem heutigen Titelbild stellen wir unserer Belegschaft den neuen Saal vor, der Anfang Februar durch einen bunten Abend eröffnet wurde und der jetzt den Belegschaftsmitgliedern für Betriebsveranstaltungen und gesellige Stunden, aber auch für die Durchführung unterhaltender und kultureller Veranstaltungen zur Verfügung steht.



Der Volksmund ist schnell mit der Verleihung eines „Titels“ zur Hand: er nennt den neuen Saal den „Goldsaal des Nordens“. Das ist berechtigt und das ist nicht berechtigt. Er ist kein Neubau, der etwa mit bedeutenden Mitteln, die so einfach „aus dem Vollen geschöpft“ wurden, errichtet ist — es handelt sich bei ihm um einen, wenn auch weitgehenden Umbau eines alten Saales, der seine klare Linie, seine Schönheit und Zweckmäßigkeit unter Einsatz relativ geringer Geldmittel nur dadurch gewinnen konnte, daß eine vorbildliche und kameradschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten — Architekt, Bauhof, Handwerker und Unternehmer — bestand und erfolgreich durchgeführt wurde. Stets wurde daran gedacht, daß jede verausgabte Mark zweckmäßig verwandt wurde, weil sie im Betrieb durch die harte Arbeit der Belegschaft erarbeitet werden mußte. Das alles auch ist es, was Arbeitsdirektor Alfred Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Gustav Schwentke

in ihren Ansprachen besonders betonten und herausstellten.

Der Besucher tritt durch hohe Flügeltüren, die mattverglast sind, in einen lichten Vorraum, von dem breite Treppen aus Klinkersteinen zu der Garderobe hinabführen, die für vierhundert Personen eingerichtet ist. Oberhalb der Garderobe befindet sich das Foyer, von dem aus drei breite Flügeltüren Einlaß in den Saal gewähren, der bei der Tischanordnung rund 300 und bei Stuhlreihen über 400 Personen zu fassen vermag. Die Stirnseite des Saales bildet eine sehr geräumige Bühne mit einer kleinen Vorbühne. Zur Bühne gehören Umkleide- und Aufenthaltsräume. Ein vom Saal durch Türen getrennter Ausschankraum schafft die Verbindung zur Werkchenke.

Bei der Eröffnung, zu der sich die Vorstandsmitglieder und die Vertreter der Belegschaft, der Betriebe, Abteilungen und der Behörden und die am Bau Beteiligten eingefunden hatten, legte Arbeitsdirektor Berndsen u. a. dar: Auf diesem Gelände erbaute die frühere Hoesch AG im Jahre 1899 eine kleine „Speiseanstalt“, in der die Belegschaftsmitglieder ihren von der Ehefrau gebrachten „Henkelmann“ auslöffeln konnten. Diese Speiseanstalt wurde im Jahre 1911 um das Doppelte vergrößert. Im Jahre 1934 wurde der Raum renoviert; es wurde auch damals eine kleine Bühne angelegt. Während des Krieges wurde der Saal zerstört und später provi-





sorisch wiederaufgebaut. Der jetzige großzügig umgebaute Saal soll den Belegschaften der einzelnen Betriebe und Abteilungen die Möglichkeit geben, ihre kameradschaftlichen Zusammenkünfte in einem würdigen Rahmen abhalten zu können. Nicht zuletzt aber wird der Saal kulturellen Veranstaltungen dienen; denn es ist ja allgemein bekannt, daß die Westfahlenhütte gerade auf kulturellem Gebiet sehr viel leistet. Ich denke hier an Musik- und Vortragsabende, an Veranstaltungen der Volksbühne, an künstlerische Ausstellungen.

Betriebsratsvorsitzender Schwentke sagte im Namen der Belegschaft dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Erbauern und Gestaltern herzlichen Dank. Der Saal sei würdig und schön, aber das Schönste sei für die schwerarbeitende Belegschaft des Werkes gerade gut genug.

Entwicklung des Kohlen- und Stahlmarktes

Soeben legt die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Hohe Behörde“ ihr „Exposé über die Lage der Gemeinschaft“ vom 10. Januar 1953 vor. Der umfangreichen Schrift entnehmen wir folgende Darlegungen über die „Entwicklung des Kohlen- und Stahlmarktes auf lange Sicht“:

„In Industrien, in denen sich die Durchführung von Investitionsprojekten über eine Reihe von Jahren erstreckt — ein neuer Schacht kann in vollem Umfang erst sechs bis acht Jahre nach Beginn der Abteufung in Betrieb genommen werden —, läßt sich die Notwendigkeit nicht umgehen, eine Vorschau über die mögliche Entwicklung des Marktes zu gewinnen. Die Hohe Behörde hat einer Gruppe von Wirtschaftssachverständigen, die mit einem größeren Ausschuß von Produzenten, Sachverständigen der Gewerkschaften und höheren Beamten der Wirtschaftsverwaltung zusammenarbeiten, die Aufgabe übertragen, eine Vorschau für die auf lange Sicht anzunehmende Nachfrage der Gemeinschaft nach Kohle und Stahl zu erarbeiten.“

Auf diesem Gebiet handelt es sich nicht um Vorschätzungen im eigentlichen Sinne des Wortes. Rechnet man mit einem Zeitraum von zehn Jahren, so können sich auf Grund der späteren Entwicklung die Zahlen für Produktion oder Bedarf sehr wesentlich von den angegebenen Zahlen unterscheiden. Größere Investitionsanstrengungen, die zu einem schnelleren Anstieg der Gesamtproduktion führen, werden für eine raschere Zunahme der Nachfrage nach Kohle oder Stahl bestimmend sein. Umgekehrt können tiefgehende Änderungen in den Produktionsverfahren dazu führen, daß andere Energiequellen rascher an die Stelle der Energiequelle Kohle treten, sowie dazu, daß die Nachfrage nach Koks für die Herstellung von Stahl zurückgeht und andere Materialien für eine Reihe von Verwendungszwecken an die Stelle von Stahl treten.

Im übrigen kann sich das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung erheblich verändern, wenn sich die Welt einer so tiefgreifenden Krise zutreiben läßt wie der, welche für das zweite Jahrzehnt der Zeit zwischen den beiden Kriegen charakteristisch war. Selbst wenn die Schwankungen abgeschwächt werden, variiert die effektive Nachfrage nach Ablauf von zehn Jahren je nach dem Tätigkeitsniveau, das für das gewählte Ausgangsjahr kennzeichnend ist. Legt man der Untersuchung den Stand der Produktion und des Bedarfs eines Jahres wie 1951 zugrunde, so geht man von einem Jahr intensiver wirtschaftlicher Tätigkeit aus und unterstellt bei den sich darauf ergebenden Schätzungen, daß das Ende dieses Zeitabschnitts ebenfalls mit einem hohen Tätigkeitsniveau zusammenfällt. Dies ist im übrigen die Lage, auf die sich die zuständigen Behörden und die Unternehmer vorbereiten müssen, da die Produktionskapazität in der Lage sein muß, dem Bedarf eines Zeitabschnitts hoher Wirtschaftstätigkeit zu entsprechen.

Man muß unterstellen: kein Krieg

Daraus ergibt sich, daß eine derartige Untersuchung nur in der Weise in Angriff genommen werden kann, daß gewisse Annahmen zugrunde gelegt werden. Man muß unterstellen, daß es in der internationalen politischen Lage weder Kriege noch tiefgreifende Veränderungen geben wird, daß es den Regierungen gelingen wird, zutiefgehende wirtschaftliche Schwankungen zu vermeiden und daß die technische Entwicklung ohne wesentliche Umwälzung ihren Fortgang nehmen wird. Es ist klar, daß die Schätzungen schrittweise angepaßt und revidiert werden müßten, wenn sich der tatsächliche Ablauf der Ereignisse in den nächsten Jahren von diesen Ausgangshypothesen entfernen sollte. Die in Angriff genommene Untersuchung, die nur vorläufigen Charakter haben kann, muß fortgesetzt und vertieft werden; mit ihr wurde der Zweck verfolgt, eine erste Schätzung der voraussichtlichen Nachfrage nach Ablauf eines Jahrzehnts vorzunehmen. Eine ergänzende Schätzung der Nachfrage nach Ablauf von fünf Jahren wurde hinzugefügt.

Die Schätzung dieser Nachfrage auf lange Sicht beruht, soweit es sich um den Verbrauch innerhalb der Gemeinschaft handelt, auf dem festgestellten Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach Kohle oder Stahl und dem allgemeinen Produktionsniveau oder, was auf das Gleiche hinauskommt, dem Niveau des nationalen Realeinkommens, und zwar unter Außerachtlassung von Preisschwankungen.

Der Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach Kohle und dem Stand des Volkseinkommens erklärt sich daraus, daß alle Tätigkeitszweige einschließlich der Haushalte Energie verbrauchen, für welche die Kohle, wenn auch zu einem sehr allmählich geringer werdenden Bruchteil, die Hauptquelle bildet.

Der Zusammenhang zwischen Volkseinkommen und Stahlverbrauch findet eine Erklärung in erster Linie darin, daß der Verbrauch von Stahl, der für die Investitionen erforderlich ist, dem Niveau des Volkseinkommens annähernd entspricht. Die Entwicklung des Verbrauchs von Dauergütern, z. B. Hausteileinrichtungen, bestätigt diesen Zusammenhang mit dem Einkommen.

Die Entwicklung des Einkommens

Es ist also zunächst zu untersuchen, wie sich das Realeinkommen der Länder der Gemeinschaft entwickeln kann. Diese Entwicklung läßt sich auf das Zusammenwirken dreier Faktoren zurückführen: arbeitende Bevölkerung, Beschäftigungsgrad dieser arbeitenden Bevölkerung, Niveau ihrer Produktivität.

Die demographischen Untersuchungen ermöglichen es, mit einer sehr geringen Fehlergrenze die Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der arbeitenden Bevölkerung innerhalb einer Reihe von Jahren vorzusehen. Man

kann damit rechnen, daß es keine sehr fühlbaren Schwankungen des Beschäftigungsstandes geben wird, d. h. insbesondere, daß man die Annahme einer Massenarbeitslosigkeit ausschließt. Im übrigen lassen die schweren Aufgaben, welche die westeuropäischen Länder zu erfüllen haben, die Annahme zu, daß es auch keine wesentlichen Kürzungen der Dauer der Arbeitswoche geben wird. Mit anderen Worten, der Beschäftigungsgrad, der durch das Verhältnis der tatsächlich Beschäftigten zu der gesamten arbeitenden Bevölkerung und durch die Arbeitszeit bestimmt wird, würde im wesentlichen unverändert bleiben.

Der dritte Faktor, die Produktivität der beschäftigten Bevölkerung, verlangt dagegen eine gründlichere Untersuchung, die auf klar bestimmten Hypothesen beruht.

Die Erfahrung der modernen Welt zeigt, daß ein konstanter Anstieg der Produktivität und außerdem in einem hinreichend langen Zeitabschnitt ein durchaus feststehendes Durchschnittstempo dieses Anstiegs zu verzeichnen sind. Nach einer auf einem Zeitabschnitt von fünfzig Jahren beruhenden Erfahrung läßt sich die durchschnittliche Wachstumsrate der Produktivität von Jahr zu Jahr auf 1,5 bis 2 Prozent festlegen.

Es ist hervorzuheben, daß diese Rate kumulativ ist und daß sie einer Verdoppelung innerhalb von 30 Jahren und einer Versiebenfachung innerhalb eines Jahrhunderts entspricht. Dies ist also eine sehr wesentliche Zunahme, selbst wenn sie, auf eine kleine Zahl von Jahren gesehen, wenig fühlbar ist. Es ist ferner hervorzuheben, daß es sich um eine Produktivitätssteigerung der Gesamtwirtschaft handelt, wobei sich mit der Steigerung des Einkommens Dienstleistungen, wie z. B. Verteilung, Unterrichtswesen, Verwaltung, Gesundheitspflege, entwickeln, in denen die Steigerung der Produktivität sehr gering ist. Daraus ergibt sich ein ungleiches Verhältnis zwischen der Zunahme der allgemeinen Produktivität und der Zunahme, die in der Industrie verwirklicht werden kann; aber die Industrie stellt nur etwa 40 Prozent des Wertes der Gesamtproduktion dar.

Würde der Fortschritt nur dieses Tempo erreichen, so würde dies bereits eine Steigerung der Produktion von Kohle und Stahl in dem Maße erforderlich machen, wie es zur Befriedigung des erhöhten Bedarfs notwendig ist; denn es wäre unannehmbar, daß eine Verknappung des einen oder anderen Rohstoffes die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung hemmt.

Tatsächlich aber geben die Erfahrungen der letzten Jahre und die in der Lage Europas eingetretenen Veränderungen zu der Erwägung Anlaß, daß das Tempo der Entwicklung wesentlich rascher sein wird. Seit dem Kriege hat es in einzelnen Fällen von einem Jahr zum anderen 10 Prozent und im Durchschnitt für die Länder der Gemeinschaft 4 Prozent erreicht. Eine solche Zahl kann jedoch für die Zukunft nicht unberichtigt angewandt werden. Sie entspricht nämlich weitgehend einer Zeit des Wiederaufbaus, die von niedrigen Produktionsniveaus ausgeht; man erreicht aber vorher erzielte Niveaus viel rascher, wenn man sich nicht auf einem gänzlich neuen Gelände einen Weg bahnen muß. Diese Auswirkung des Wiederaufbaus ist noch nicht gänzlich erschöpft; sie wird sich insbesondere in Deutschland noch ein bis zwei Jahre fortsetzen. Im übrigen ist es nicht zweifelhaft, daß die westeuropäischen Nationen die Notwendigkeit der Steigerung des Sozialproduktes erkannt haben, damit eine Hebung des Lebensstandards ermöglicht und der Gefahr vorgebeugt wird, daß sich ein zunehmend ungleiches Verhältnis zwischen der Entwicklung der Produktion in diesem Teile der Welt und der Entwicklung, die sowohl in den Vereinigten Staaten wie in der Sowjetunion festzustellen ist, ergibt.

Sehr starke Investitionsbemühung

Eine der Äußerungen dieser psychologischen Wandlung ist die sehr starke und sehr allgemeine Investitionsbemühung, die seit dem Kriege anhält. Wenn diese Länder ihre ausschließlich auf Sicherheit abgestellten Bemühungen zum Teil zugunsten einer Politik des Fortschritts zurückstellen — und gerade die Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist das sichtbarste Zeichen dafür —, so wird das Tempo der Entwicklung der Produktivität beschleunigt werden. Im übrigen werden die in Angriff genommenen und bereits im Gang befindlichen Investitionen weiterhin ihre Früchte tragen. Außerdem haben die Dienstleistungen

aller Art in Europa bereits einen sehr großen Umfang erreicht; heute konzentrieren sich daher die Bemühungen auf die Entwicklung der industriellen Produktion in gleicher Weise, wie sich der Verbrauch nach der Seite der Dauergüter hin entwickelt; die industrielle Produktion kann sich daher rascher entwickeln als die Gesamtproduktion.

Selbst wenn man das Anhalten des außergewöhnlichen Entwicklungstempos der letzten Jahre auch nicht in die Zukunft projizieren kann, so ist doch allenfalls mit einer Tendenz zur Verlangsamung zu rechnen; ein rasches Abbrechen, das dieses Tempo auf die in der Vergangenheit festgestellte Durchschnittsrate zurückgehen ließe, ist nicht anzunehmen.

Diese Erwägungen haben den Ausschuß dazu veranlaßt, eine jährliche Steigerungsrate der Produktion von 2,5 Prozent für einen Zeitraum von zehn Jahren anzunehmen — im Gegensatz zu der geschichtlichen Erfahrung, wonach dieser Satz in einem langen Zeitabschnitt bei etwa 1,6 Prozent liegt — und sogar zu unterstellen, daß in den ersten fünf Jahren die Zuwachsrate 3 Prozent erreichen kann. Nimmt man eine gewisse Zunahme der arbeitenden Bevölkerung hinzu, so würde dies zu der Annahme führen, daß die Gesamtproduktion in fünf Jahren um etwa 20 Prozent höher sein wird als 1951 und in zehn Jahren um 35 Prozent.

Eine derartige Schätzung weist Unterschiede gegenüber dem Ziel der 25prozentigen Produktionssteigerung, welche nach dem Vorschlag der OEEC innerhalb von fünf Jahren erzielt werden soll, auf.

Aber die Bedeutung dieser verschiedenen Steigerungssätze ist verschieden. Die OEEC schlägt eine Steigerung durch ständige und engzusammengelaßte Bemühungen vor.

Die Schätzung der von der Hohen Behörde zusammengerufenen Sachverständigen ist anderer Art. Sie berücksichtigt offenbar die in dem Verträge definierte Politik der Wirtschaftsausweitung und den Einfluß, den die Gemeinschaft auf die Entwicklung der Produktion und die Maßnahmen der Regierungen selbst haben wird; im übrigen ist es die Schätzung einer wahrscheinlichen Entwicklung, nicht aber eines wünschenswerten Zieles, da die Gemeinschaft nur auf einem begrenzten Bereich errichtet wurde und nicht für die Festlegung der gesamten Wirtschaftspolitik zuständig ist.

Die Schätzung der Entwicklung der allgemeinen Produktion führt zu gewissen Schlußfolgerungen hinsichtlich der Entwicklung der inländischen Nachfrage nach Kohle und Stahl.

Die Nachfrage nach Kohle

Von einer Schätzung der Entwicklung der allgemeinen Produktion kann man zu einer Schätzung der Entwicklung der Nachfrage nach Kohle in der Weise übergehen, daß man zu ermitteln sucht, welche Beziehung normalerweise zwischen der allgemeinen Produktion und dem Kohleverbrauch festzustellen ist. Es zeigt sich aber, daß die Phänomene nur dann eine angemessene Auslegung finden, wenn man den Einfluß zweier voneinander verschiedener Faktoren unterscheidet.

Einerseits ist die Nachfrage nach Kohle eine Funktion des Einkommensstandes, d. h. des Produktionsniveaus.

Andererseits geht die Nachfrage nach Kohle schrittweise zurück dank der technischen Fortschritte, die bei der Verwendung von Kohle und bei der Ersetzung durch andere Energiequellen, wie Mineralölprodukte und Elektrizität aus Wasserkraft, erzielt werden. So macht insbesondere der spezifische Verbrauch von Kohle zur Gewinnung von Elektrizität und zur Herstellung von Papier oder Zement in den modernsten Werken nur einen Bruchteil des Verbrauchs aus, den überalterte Ausrüstungen erfordern. Die Ersetzung durch Mineralölprodukte oder Wasserkraft kommt hauptsächlich in Frankreich und in Italien in Betracht; sie ist in Deutschland und in den Beneluxländern von weit geringerer Bedeutung.

Alle anderen Faktoren als gleich angenommen, entspricht einer Steigerung der Produktion um 1 Prozent eine Steigerung des Kohleverbrauchs um 0,7 Prozent. Aber diese Zahl kann nicht unverändert beibehalten werden.

Der zweite Faktor fällt jedes Jahr gleichmäßig ins Gewicht, ohne Rücksicht auf das Tempo der Produktionssteigerung; d. h. er ist praktisch eine Funktion der Zeit. Für sämtliche sechs Länder liegt der Rückgang des Kohleverbrauchs in-

folge technischer Fortschritte und Ersatzenergien bei einer Größenordnung von 0,6 Prozent pro Jahr.

Aus dem Zusammenwirken dieser beiden Faktoren — Erhöhung des Bedarfs als Funktion der Produktion, Rückgang des Bedarfs als Funktion der Zeit — ergibt sich die Folgerung, daß, je rascher das Tempo der Steigerung der Allgemeinproduktion ist, die Verringerung des Verbrauchs um so weniger Zeit hat, ins Gewicht zu fallen. Wenn andererseits der Verbrauch an Kohle im Jahr 1951 sehr weit unter dem Stande von 1938 liegt, so deswegen, weil infolge des Krieges die allgemeine Produktion in diesem Zeitabschnitt nicht ihre normale Ausweitung erfahren hat, während die technischen Einsparungen und die Verwendung von Ersatzenergie weiterhin in vollem Umfange ins Gewicht gefallen sind.

Auf dieser Grundlage gelangt man zu der Schätzung, daß sich der Verbrauch von Kohle innerhalb von fünf Jahren um 25 Millionen Tonnen und innerhalb von 10 Jahren um 45 Millionen Tonnen erhöhen würde. Um zu einer Schätzung der Gesamtnachfrage zu kommen, ist dem Verbrauch der Länder der Gemeinschaft die normale Nachfrage für den Export nach dritten Ländern hinzuzurechnen. Sie beträgt gegenwärtig 8 Millionen Tonnen, wovon der nach Schweden gehende Teil dieser Menge zur Finanzierung der Erzeinfuhr dient. Unter diesen Umständen darf man unterstellen, daß die Ausfuhr sich in dem gleichen Tempo entwickeln wird wie der Verbrauch innerhalb der Gemeinschaft und daß sie 10 bis 12 Millionen Tonnen erreichen wird. Man gelangt so zu einer Schätzung des Gesamtbedarfs von etwa 280 Millionen Tonnen in fünf Jahren und 295 Millionen Tonnen in zehn Jahren (ohne Braunkohle). Das wichtigste Problem besteht darin, festzustellen, ob durch die Produktion der Gemeinschaft der erhöhte Bedarf gedeckt werden und gleichzeitig außerdem zwar nicht die traditionelle Einfuhr aus anderen europäischen Staaten, wohl aber wenigstens die anomale Einfuhr aus Amerika verringert werden kann, welche die europäische Dollarbilanz belastet.

Die Nachfrage nach Stahl

Bei der Entwicklung der Nachfrage nach Stahl zeigt die geschichtliche Erfahrung, daß bis zu einem gewissen Stand des Stahlverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung diese Nachfrage im Verhältnis stärker steigt als das Einkommensniveau. Nur in Ländern wie den Vereinigten Staaten, wo die Nachfrage 600 kg pro Kopf und Jahr erreicht, verläuft ihre Zunahme weniger als proportional zur Zunahme der Gesamtproduktion. Der Stahlverbrauch in Europa beträgt aber nur 200 kg pro Jahr und Kopf der Bevölkerung. Auf dieser Basis könnte man schätzen, daß bei einer Erhöhung des Volkseinkommens um 10 Prozent die Zunahme des Stahlverbrauchs etwa 12 Prozent betrüge. Tatsächliche Erwägungen führen jedoch zu der Annahme, daß die Relation höher sein wird. Es besteht nämlich, auch wenn der Einfluß der Rüstung nicht übertrieben werden soll, ein großer Bedarf für den Wiederaufbau und für die Neuschaffung von Ausrüstungen. Der Anteil der Investitionen an der Gesamtproduktion ist wesentlich größer als in der Vergangenheit. In dem Verbrauch von Kraftfahrzeugen und Haushaltsdauergütern geht ein immer größerer Teil des Einkommens auf. Aus diesem Grunde waren die Sachverständigen der Auffassung, daß in den nächsten zehn Jahren einer Steigerung des Einkommens um 1 Prozent eine Steigerung des Stahlverbrauchs um 1,3 Prozent entsprechen würde.

Außerdem ist zwecks Schätzung der Gesamtnachfrage die Ausgangsgrundlage zu bestimmen. Man hatte erwogen, einen Durchschnitt der Jahre 1950, 1951 und 1952 zu wählen. Aber einerseits ist die Produktion von Jahr zu

Jahr sehr erheblich in einem Tempo von rund 12 Prozent jährlich gestiegen. Bei so beträchtlichen Abweichungen ist ein derartiger Durchschnitt nicht charakteristisch. Andererseits war während der einen Hälfte des Jahres 1950 die wirtschaftliche Tätigkeit begrenzt, insbesondere auf dem Sektor der Ausrüstung; in einem Teil des Jahres 1952 kam es zu einem Rückgang der Tätigkeit in den Verbrauchsgüterindustrien. Daraus ergibt sich, daß in dem erstgenannten dieser beiden Jahre der Stahlverbrauch im Vergleich zur Gesamtproduktion verhältnismäßig gering war, dagegen in dem zweiten Jahr verhältnismäßig groß.

Infolge der starken Ausfuhr, die 10 Millionen Tonnen Rohstahlgewicht erreichte, wurde der Verbrauch im Jahre 1951 stark beschnitten. Dies ist aus der raschen Entwicklung der Käufe innerhalb der Gemeinschaft ersichtlich. Im Jahr 1952 hingegen konnte der Handel in ausreichenderem Maße beliefert werden; er hat daher versucht, seine im Jahre 1951 stark dezimierten Vorräte neu zu bilden.

Um den tatsächlichen Verbrauch im Jahre 1951 schätzen zu können, muß also von einem mittleren Niveau des sichtbaren Verbrauchs im Jahre 1951 (ungefähr 28 Millionen Tonnen Rohstahlgewicht) und dem sichtbaren Verbrauch im Jahre 1952 (ungefähr 34 Millionen Tonnen, worin die Neubildung der vorher abgebauten Vorräte enthalten ist) ausgegangen werden.

Der wahrscheinliche, effektive Verbrauch, welcher dem Tätigkeitsniveau von 1951 entspricht, kann also auf etwa 31 Millionen Tonnen Rohstahl geschätzt werden. Dieser Verbrauch würde bei einer Steigerung des Einkommens von 20 Prozent in fünf Jahren um 26 Prozent und bei einer Steigerung des Einkommens von 35 Prozent in zehn Jahren um 45 Prozent zunehmen.

Zu diesem tatsächlichen Verbrauch innerhalb der Gemeinschaft kommt die normale Vergrößerung der Vorräte infolge des jährlich steigenden Tätigkeitsniveaus hinzu. Unter der Annahme, daß die wirtschaftliche Tätigkeit im Laufe des betrachteten Zeitraumes regelmäßig zunimmt, kann diese Vergrößerung auf 500 000 Tonnen Rohstahl jährlich geschätzt werden.

Der Bedarf für die Ausfuhr

Zu dem Bedarf innerhalb der Gemeinschaft kommt der Bedarf für die Ausfuhr, bei der der Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft eine wesentliche Rolle spielt. Hier ergibt sich zwangsläufig ein Unsicherheitsfaktor, und zwar durch das Tempo der Entwicklung der unterentwickelten Länder, die Bildung von örtlichen Stahl- und Eisenindustrien in neuen Ländern, den Stand der Handelsbeziehungen mit den Oststaaten, die mehr oder weniger unregelmäßige Nachfrage bestimmter Märkte, wie z. B. der Märkte der Vereinigten Staaten und Kanadas.

Auf Grund der Hypothesen kann der voraussichtliche Bedarf für die Ausfuhr in Rohstahlgewicht auf 7 bis 10 Millionen Tonnen geschätzt werden. Wird der Bedarf innerhalb der Gemeinschaft hinzugerechnet, so kann die erforderliche Gesamtproduktion von Rohstahl auf 46,5 bis 50 Millionen Tonnen in fünf Jahren und auf 52,5 bis 56 Millionen Tonnen nach Ablauf von 10 Jahren geschätzt werden.

Diese ersten Schätzungen müssen natürlich durch eine Analyse der Nachfrageentwicklung der großen Wirtschaftssektoren nach Kohle und Stahl ergänzt werden. Diese Analyse wird gegenwärtig durchgeführt. Es zeigt sich vor allem, daß diese Schätzungen nur verwirklicht werden können, wenn der Wiederaufbau der Gesamtproduktion in Europa sich fortsetzt und wenn die Industrien durch kontinuierliche Modernisierung ihre Stellung gegenüber den Erzeugnissen oder den Ländern zu behaupten verstehen, deren Wettbewerb sie ausgesetzt sind."

Nimm selbst dein Schicksal in die Hand

Verhüte Unglück durch Verstand

Kohle und Stahl für 155 Millionen Menschen in sechs europäischen Ländern

Der „Schumanplan“, die „Montan-Union“ und die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ sind Bezeichnungen für ein und dasselbe. Als die ersten Artikel und Meldungen hierüber vor nun bald 1½ Jahren in der Öffentlichkeit erschienen, haben wir alle aufgehört. Wir haben sofort in unserer Zeitschrift eingehend über die aufgeworfenen Probleme berichtet. Das war und ist selbstverständlich, denn wir sahen unsere Arbeit, die in der Presse in den letzten Jahren immer in Verbindung mit Fragen der Demontage, der Produktionserhöhung, der Rohstoff- und Energieversorgung und der Preise genannt worden war, plötzlich in einer ganz neuen Beziehung in das Blickfeld des deutschen, des europäischen und Weltinteresses gerückt.

Wir empfanden — und konnten es auch sehr bald aus all den Veröffentlichungen entnehmen —, daß mit unserer Industrie wir selbst als schaffende Menschen unmittelbar berührt und vielleicht auch einschneidend in unseren Lebensgrundlagen betroffen waren.

Idee mit zwei Zielen

Frühzeitig war bereits ersichtlich, daß diesem Plan eine doppelte Idee zugrunde lag, die ein wirtschaftliches und ein politisches Ziel miteinander verband. Das politische Fernziel eines Zusammenschlusses der europäischen Nationen, das die Politiker offenbar nicht erreichen konnten, und das wirtschaftliche Nahziel der Schaffung eines großen Marktes für 155 Millionen Menschen und die damit verbundene Aussicht der Hebung des Lebensstandards innerhalb dieses großen Gebietes. Im Jahre 1946 waren die Außenminister der vier Großmächte in Moskau zusammengetreten, weil ihre Länder der Ansicht waren, daß Deutschland nicht weiter auf Kosten der Steuerzahler von Amerika oder England leben sollte, sondern, daß ihm die Voraussetzungen zu einem selbständigen wirtschaftlichen Leben nicht weiter vorenthalten sein dürften. Man setzte deshalb den Industriestand höher und gestattete im Zusammenhang damit eine Rohstahlproduktion von 10,7 Mill. t. Wir sollten nun eine hinlänglich hohe Produktion erreichen, um durch Ausfuhr von Maschinen die Devisen für die Einfuhren von Lebensmitteln und Rohstoffen zu verdienen. Der französische Außenminister Bidault stemmte sich gegen diese Lösung; er schlug vielmehr vor, zu den Demontagen noch weitere Roheisen- und Stahlwerke an der Ruhr abzubauen und die deutsche Stahlindustrie auf einen kümmerlichen Stand herunterzudrücken. Er wollte lediglich gestatten, daß das in Lothringen vermehrt hergestellte Halbzeug an der Ruhr zu verarbeiten sei.

Der Monnetplan und seine Folgen

Mit seiner üblen Absicht kam Bidault nicht durch, aber Frankreich hat dennoch von dem Ziel des riesenhaften Ausbaus seiner Schwerindustrie nicht abgesehen und mit Hilfe des Monnetplanes eine groß-

Hilfe von drüben

Aus dem „Elften Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplanes“, erstattet vom Bundesminister für den Marshallplan, Bonn 1952, ist folgendes zu entnehmen:

Im Rahmen des Marshallplanes erhielt die Bundesrepublik bis zum 30. Juni 1952 Dollarzuteilungen für Wareneinfuhren in Höhe von insgesamt rund 1561 Mill. Dollar. Vor Beginn des Marshallplanes hatte die Bundesrepublik bereits GARIOA-Lieferungen im Betrage von 1620 Mill. Dollar erhalten. Je Kopf der Bevölkerung entsprechen die gesamten aus GARIOA-Fonds und Marshallplanhilfe stammenden Leistungen einem Betrage von rund 262 DM. Jede deutsche Familie erhielt im Durchschnitt Zuteilungen im Werte von rund 1000 DM.

Aus den Marshallplan-Gegenwertmitteln wurden bis zum 30. Juni 1952 im Bundesgebiet Investitionen von rund 2806 Mill. DM vorgenommen. Für Berlin wurden im gleichen Zeitraum Marshallplan-Gegenwertmittel in Höhe von 352 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

Inzwischen sind bis zum 30. Oktober 1952 aus Gegenwertmitteln weitere 132 Mill. DM für Investitionszwecke ausgezahlt worden. Davon entfallen auf Berlin 8 Mill. DM.

Ende Oktober 1952 erreichte der Produktionsindex der gesamten Industrie (arbeitstäglich, 1936 = 100) seinen bisherigen Höchststand von 158,4. Dieser Anstieg wurde in erster Linie durch die hohen Produktionsergebnisse in den Investitionsgüterindustrien und der Bauwirtschaft erreicht. Somit erhielt die Bundesrepublik während des gesamten Zeitraumes des Marshallplanes 1,389 Mrd. Dollar, das sind rund 5,85 Mrd. DM. Hinzu kommen auf ECA-Rechnung übertragene GARIOA-Mittel in Höhe von rund 172 Mill. Dollar, so daß der Bundesrepublik im Rahmen des Marshallplanes insgesamt 1,562 Mrd. Dollar zugeteilt wurden.

Für das Jahr 1952/53 ist ein viertes Investitionsprogramm in Höhe von rund 230 Mill. DM geplant. Davon sollen rund 80 Mill. DM für die Steigerung der Produktivität in allen Wirtschaftsbereichen verwendet werden. Die restlichen rund 150 Mill. DM sollen für Investitionen in den Wirtschaftszweigen eingesetzt werden, die als besonders wichtig für eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik anzusehen sind.

Aus den Zins- und Tilgungsbeträgen sollen vor allem die Investitionsvorhaben der Grundstoffindustrie und der Energieerzeugung weiterfinanziert werden. Weitere Mittel werden für die Linienschifffahrt, die Exportfinanzierung und für Mittelstandskredite (Handwerk, Handel, Kleinindustrie) eingesetzt werden. Bei den Mitteln, die für Berlin zur Verfügung gestellt werden, sollen neben Investitionen im industriellen Bereich besonders der Bau von Wohnungen und die Auftragsfinanzierung berücksichtigt werden.



Atom-Geographie der Gegenwart

So wie der Reichtum an Erzen, Kohle und Öl im letzten Jahrhundert oftmals von entscheidender Bedeutung für das politische Schicksal eines Landes geworden ist, so bedeutungsvoll kann für die weitere Entwicklung die Verteilung des für die Gewinnung von Atomenergie notwendigen Rohstoffs werden. Nach dem heutigen Stand sind das Uran und Thorium (Monazit). Fieberhaft wird heute überall in der Welt nach diesen neuen Grundlagen der Macht gesucht. Jeder Tag kann neue Entdeckungen bringen. Ein dichter Schleier des Geheimnisses wird über alle Dinge, die mit Atomenergie zusammenhängen, gebreitet, so daß alle Angaben über Uranfundstätten, Aufbereitungsanlagen und Forschungszentren mit zahlreichen Fragezeichen versehen werden müssen. Trotzdem ist es möglich, eine in den wesentlichen Grundzügen zutreffende Vorstellung über die „Atomgeographie der Gegenwart“ zu gewinnen.

Die reichsten bisher bekannten Uranerz-Lager befinden sich in Zentralafrika, im belgischen Kongo und in Britisch-Ostafrika. Von hier kommt der größte Teil des von den riesigen Fabrikationsanlagen in den USA benötigten Rohstoffs. Die Uranvorkommen in den USA selbst sind verhältnismäßig gering, zudem zersplittert und wenig ergiebig. Doch stehen den USA auch die Uranlager in Kanada, hauptsächlich in der weiteren Umgebung des Großen-Bären-Sees, zur Verfügung. England deckt seinen Bedarf aus eigenen geringeren Vorkommen in Cornwall und durch Zufuhren aus afrikanischen Besitzungen und aus Australien. Die Uranvorkommen Rußlands und auch Chinas sind unbekannt. Aus der Tatsache aber, daß die Russen mit äußerster Energie die an der Grenze ihres Machtbereiches liegenden Uranvorkommen in Sachsen (Aue) und in der Tschechoslowakei (Joachimsthal) ausbeuten, könnte man schließen, daß sie über wirklich reiche eigene Vorkommen bisher noch nicht verfügen. Wahrscheinlich befinden sich außer in der Gegend des Kaspischen Meeres große Produktionsanlagen — das sowjetische Oak Ridge — nördlich des Baikalsees in Sibirien.

Thorium, der zweite Rohstoff für die Erzeugung von Atomenergie, findet sich — allerdings nirgends in großen Mengen — in Brasilien, Indien, Madagaskar, Ägypten, Britisch-Honduras.

Ebensowenig wie das Vorkommen von Eisenzen allein schon eine große Eisen- und Stahlindustrie ermöglicht, ebensowenig entscheidet das bloße Vorkommen uranhaltiger Erze über die Möglichkeiten ihrer Auswertung. Hierfür muß die ganze industrielle Kraft eines Landes eingesetzt werden, denn die Erzeugung von Atomenergie erfordert Anlagen riesenhaften Umfangs, ungeheure Mengen elektrischer Energie und ein hohes Niveau technischen Könnens.

zügige Investierung und eine gewaltige Kapazitätssteigerung in die Wege geleitet. Frankreich erreichte damit eine so hohe Stahlerzeugung — und eine weitere Steigerung ist noch geplant —, die es niemals im eigenen Land, auch unter Berücksichtigung seines gegen früher erheblich erhöhten Ausfuhranteils, verwenden kann. Es ist also gezwungen, wenn der Ausbau nicht eine Fehlinvestition sein soll, weiter geradezu stürmisch auf die Exportmärkte zu drängen. Das ist aber nur möglich, wenn der standortmäßige Vorteil der deutschen Stahlindustrie, die auf der



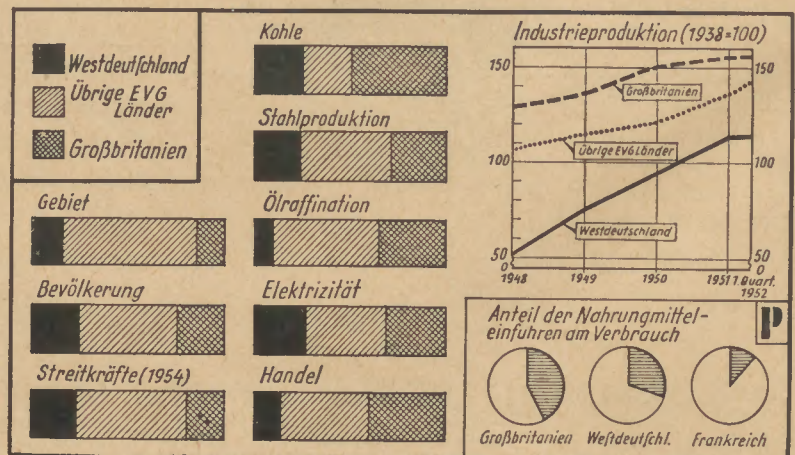
Kohle sitzt, beseitigt wird, und sich die deutschen Produkte verteuern. Wenn nun in der Europäischen Gemeinschaft gleicher Zugang zu den Rohstoffen, gleiche Preise und gleiche Marktbedingungen vorgesehen sind, so ist im Hinblick auf die obigen Ausführungen zu erkennen, daß unsere Industrie erhebliche Opfer in die Montan-Ehe einzubringen hat. Daraus können sich Rückschlüsse ergeben; aber andererseits darf man Hoffnung auf das der Verwirklichung der Montan-Union verbundene Ziel haben, daß eine Erhöhung des Lebensstandards und ein Mehrverbrauch von Stahl planmäßig angestrebt und erreicht werden.

Keine gleichen Voraussetzungen

Eigentlich wäre es selbstverständlich, daß wir mit gleichen Voraussetzungen in die Gemeinschaft eintreten müßten. Dem allerdings steht gegenüber, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie einer Neuordnung unterzogen und im Vergleich zu früher in eine größere Anzahl einzelner Unternehmen aufgespalten wurde, während zu gleicher Zeit innerhalb der französischen Industrie eine stärkere konzernmäßige Verbindung der eisen-schaffenden Industrie hergestellt wurde bei gleichzeitiger Sicherstellung eines ausreichenden Verbundes mit dem Erz. Wir wollen hier nicht ins einzelne gehende kritische Betrachtungen anstellen, sondern nur die Aufmerksamkeit auf diese Fragen lenken und darauf hindeuten, daß sie jeden angehen.

Das wirtschaftliche Übergewicht

Unter den Unionländern nimmt die Bundesrepublik sowohl nach der Bevölkerungszahl als auch im Hinblick auf die Produktionszahlen für Stahl und Kohle den ersten Platz ein. Bei ihr ruht also zweifellos das wirtschaftliche Übergewicht. Freilich kommt diese Tatsache bei der



Zusammensetzung der einzelnen Einrichtungen der Montan-Union nicht in der gebührenden Weise zum Ausdruck.
Interessant sind folgende Zahlenvergleiche:

Die Bevölkerung

Bundesrepublik	49,0
Frankreich	42,0
Belgien	8,5
Luxemburg	0,5
Italien	45,5
Holland	10,0
	155,5

Westdeutschland steht an erster Stelle und bringt damit den entscheidenden Arbeitsfaktor Mensch schon rein zahlenmäßig wirksam in die Gemeinschaft.

Kohlenerzeugung im Jahre 1951:

Bundesrepublik	120 000 000 t
Frankreich	70 000 000 t
Belgien	30 000 000 t
Luxemburg	—
Italien	—
Niederlande	15 000 000 t
Insgesamt:	235 000 000 t

Weitgehendster Ausgangspunkt allen industriellen Schaffens ist die Kohle. Hier führt die Bundesrepublik mit großem Vorsprung. Sie fördert mehr als die anderen Länder zusammen.

Rohstahlerzeugung im Jahre 1951:

Bundesrepublik	13 506 000 t	35,9%
Frankreich allein	9 832 000 t	26,1%
Saar	2 570 000 t	6,8%
(Frankreich u. Saar)	12 402 000 t	32,9%
Belgien	5 071 000 t	13,5%
Luxemburg	3 060 000 t	8,1%
Italien	3 048 000 t	8,1%
Holland	540 000 t	1,5%
	37 627 000 t	100,0%

In der bedeutenden Schlüsselindustrie Stahl führt Deutschland ebenfalls das Feld an, dicht gefolgt von Frankreich. Es wäre reizvoll, aber würde doch hier zu weit führen, die Vergleichszahlen etwa von 1913 beizufügen. Es mag bei der Feststellung bleiben, daß Deutschland im Vergleich mit 1913 die Stahlerzeugung bei weitem nicht so stark erhöht hat wie Frankreich.

Die ersten Europäer

Die Männer, die in der Hohen Behörde arbeiten, kann man als die ersten Europäer bezeichnen, da sie nur dem Gesichtspunkt der Wahrung eines gemeinschaftlichen europäischen Interesses verpflichtet sind. Die wichtigsten Aufgaben der Hohen Behörde sind: die laufende Untersuchung der Marktentwicklung und der Preisentwicklung und die Aufstellung von Programmen für die Erzeugung, den Verbrauch, die Ein- und Ausfuhr der Unionländer, weiter die Investitionen, die Modernisierung und Ausrichtung der Kohlen- und Stahlerzeugung in den Unionländern, mit dem Ziele einer Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit zur Hebung des Lebensstandards der Europäer. Daraus ergibt sich, daß sie insbesondere Entscheidungen zu treffen hat über die Verteilung der Rohstoffe, insbesondere der Kohlen, und nicht zuletzt um die Bereitstellung von Investitionsmitteln. Zur Durchführung der Aufgaben kann die Hohe Behörde eine Umlage auf die Kohlen- und Stahlerzeugung der einzelnen Länder bis zu 1% je t Verkaufspreis erheben. Auf diese Weise kann sie eine gewaltige Summe ansammeln, die sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Der vorläufige Organisationsplan der Hohen Behörde sieht insgesamt neun Hauptabteilungen vor, und zwar für Produktion, Investitionen, Absatz, Verkehr, Recht, Finanzen, Soziale Fragen, Statistik und Volkswirtschaft.

F. F. H.

Der Zufall hilft

In der Geschichte menschlichen Fortschritts gibt es kaum eine bedeutende Erfindung, an die sich nicht eine Anekdote knüpft, die uns von einem Zufall erzählt, dem wir diese Erfindung verdanken. Mag die Echtheit dieser Anekdoten auch bestritten sein, unbestritten ist, daß erst durch diese Anekdoten der Laie an den großen Erfindungen Anteil nimmt.

So erzählt man von dem schottischen Ingenieur Murdock, der als der Erfinder der Gasbeleuchtung gilt, daß er im Jahre 1792 einmal zu einem Abendessen geladen gewesen sei. Er habe aber seine Laterne, die damals jeder, der am Abend auf die Straße ging, mit sich führen mußte, nicht finden können. Nun, wußte er aber, daß aus den Kohlenbergen, die beim Kesselhaus der Dampfmaschinenfabrik, in der er beschäftigt war, aufgestapelt lagen, oft Gase aufstiegen, die sich von Zeit zu Zeit selbst entzündeten und zu unangenehmen Kohlenbränden Anlaß gaben. Kurz entschlossen nahm er nun eine Schweinsblase und füllte sie mit dem Gas. Vorne steckte er den Stiel einer Tabakspfeife hinein und band das Ganze zu. Dann entzündete er das aus der Öffnung des Pfeifenrohres heraustretende Gas und hatte für diesen Abend eine Lampe. Er soll diese gasgefüllte Schweinsblase auch später noch verwandt haben, als er bereits dabei war, die Eingebung eines Augenblicks auszuwerten und Kohलगas in Retorten zu erzeugen und in festen Behältern zu sammeln. Bekannt ist die Geschichte von dem Jungen, dem wir eine wichtige Verbesserung der Dampfmaschine verdanken. Dieser Junge, sein Name war Andreas Potter, war dafür angestellt, abwechselnd die Ventile zu öffnen, aus denen dem Kolben der Dampfmaschine einmal kaltes Wasser, ein anderes Mal heißes Wasser zugeführt wurde. Der Junge jedoch, der auch lieber mit seinen Alterskameraden spielte, als den Dienst an seiner Maschine zu versehen, bekam eines Tages heraus, daß die Hebel der von ihm bedienten Sperrhähne stets der Bewegung des hin und her gehenden Kolbens folgten. Kurz entschlossen verband er die Sperrhähne durch Bindfäden mit dem Kolben, so, daß die Maschine die Arbeit, für die er bezahlt wurde, in Zukunft selbst besorgte, während er sich zu seinen Kameraden gesellte, um mit ihnen zu spielen.

Daß aber auch Unaufmerksamkeit bisweilen zu wichtigen Erfindungen führen kann, beweist die Geschichte, die von der Erfindung des Elektromotors erzählt wird. Ein Elektromotor ist im Grunde nichts anderes als ein Dynamo, aber anfangs wußte man das nicht. Man benutzte Dynamos damals nur als Stromerzeuger für Lichtzwecke. Da geschah es im Jahre 1873 auf einer Ausstellung in Wien, daß ein Arbeiter irrtümlich die Drähte einer Dynamomaschine, die noch nicht in Betrieb war, mit den Drähten einer anderen Maschine, die bereits lief, kuppelte. Zum Erstaunen aller Umstehenden begann der Dynamo sogleich mit großer Geschwindigkeit zu laufen, und

erst jetzt wurde der elektrische Strom als Kraftquelle, als welcher er uns heute unentbehrlich ist, bekannt.

Es liegt auf der Hand, daß auch reine Überlegung zu dem gleichen Ergebnis hätte führen müssen, aber wir dürfen nie vergessen, wie glücklich unsere Überlegungen sehr oft durch den Zufall unterstützt werden. So verdanken wir auch die Erfindung des elektrischen Schweißens, die in der Eisenbearbeitung unserer Tage einen so großen Raum einnimmt, einem Zufall. Und zwar beobachtete Dr. Elihu Thomson bei einem seiner Vorträge im Franklin-Institut in Philadelphia, daß die Drähte eines Ruhmkorffschen Funkeninduktors bei der plötzlichen Entladung eines starken Stromes zusammenschweißten. Er zog die Nutzenanwendung aus diesem Vorgang und machte 1885 die ersten elektrischen Schweißversuche, auf denen die Kenntnis der elektrischen Schweißung, wie sie heute Allgemeingut ist, aufbaut.

Auch die Herstellung der nahtlosen Rohre soll einem Zufall zu danken sein. Und zwar wird erzählt, ihr Erfinder habe die Angewohnheit gehabt, bei Tisch aus Langeweile Brot zu kneten. Dabei soll es ihm passiert sein, daß bei einer bestimmten Fingerhaltung und entsprechenden Bewegungen aus dem Brotkügelchen sich eine Röhre bildete. Nun soll diese Anekdote zwar nichts anderes als eine Anekdote sein, aber wenn man ein Stückchen Brot oder, besser noch, ein Stück zu einer Stange zurechtgeschnittenen mürben Radiergummis nimmt und es mit einem schräg darüberrollenden Lineal bearbeitet, läßt sich ein ähnlicher Effekt erzielen, wie er beim Walzen nahtloser Röhren notwendig ist. Erich Grisar

Wie werde ich erfolgreich?

Wer durch die Buchläden geht oder einmal die Zeitungsauslagen studiert, der wird bestimmt soundso oft Anpreisungen von Büchern oder Broschüren mit dem Titel finden: „Wie werde ich erfolgreich?“ Die Frage dabei bleibt nur, ob denn der Verfasser solcher Schriften auch selber „erfolgreich“ war und für sein Buch Käufer gefunden hat.

Etwas ganz anderes aber ist es, die Auffassungen solcher Männer kennenzulernen, die tatsächlich etwas aus sich gemacht haben. Bei ihnen finden sich oft Gedanken, die sie nur „so nebenher“ hingeworfen haben und die für den einzelnen recht nützlich sein können.

Werner von Siemens, der bedeutende Industrielle, schrieb in seiner Selbstbiographie: „Erfolg und Mißerfolg, Sieg und Niederlage hängen im menschlichen Leben vielfach von der rechtzeitigen und richtigen Benutzung sich anbietender Gelegenheiten ab.“

Was hier Werner von Siemens von sich bekennt, das meinte auch der Dichter und Nobelpreisträger Thomas Mann, wenn er die Ursache und Quelle

Wir skizzieren und glossieren

Das Exposé der Hohen Behörde

—oi— Wir bringen unter „Entwicklung des Kohlen- und Stahlmarktes“ einen Auszug aus dem jetzt veröffentlichten Exposé der Hohen Behörde. Aus dem Exposé geht hervor, daß es, auch wenn am 10. Februar der gemeinsame Markt für Kohle, Erz und Schrott proklamiert wurde und wenn am 10. April der gemeinsame Markt für Eisen und Stahl proklamiert wird, bis zu einer echten Vereinheitlichung in Absatz und Bezug von Erzeugnissen des Kohlenbergbaus und der Stahlindustrie in den Mitgliedsländern der Montanunion noch ein sehr weiter Weg ist. Es geht auch aus ihm hervor, daß es mit der sofortigen Aufhebung der Kohle- und Eisenzölle, der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, der Preisdifferenzen zwischen Inlandverbrauch und Export noch nicht getan ist. Das Schwierigste werden u. a. sein: die Angleichung der Unterschiede in den Verkehrstarifen beim Transport in- und ausländischer Montanerzeugnisse, die Abstimmung der Preis- und Abschreibungsmodalitäten, die Auflösung nationaler Kartelle, die Beseitigung von Subventions- und Ausgleichszahlungen.

Bei allen diesen „heißen Eisen“ will die Hohe Behörde schrittweise vorgehen. Es handelt sich ja auch hier um Eingriffe, die die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Montanunternehmen erheblich beeinträchtigen können. Die Hohe Behörde will Wettbewerbsverzerrungen beseitigen, sie will gleiche Startbedingungen schaffen — aber sie befaßt sich, wenigstens in ihrem Exposé, nicht mit dem größten Hindernis: fehlende Währungsfreiheit im Raum der Montanunion. Ein gemeinsamer Markt wird sich kaum voll entwickeln, solange die Währungen nicht frei konvertierbar sind.

Es ist bei alledem nicht uninteressant, daß viele von denen, die ansonsten nachdrücklichst für die Liberalität, für die freie Wirtschaft eintreten und Verneiner einer nationalen Planwirtschaft sind, zu Befürwortern einer übernationalen Planwirtschaft wurden. Die Hohe Behörde verfügt ja wahrlich über eine Fülle von Macht. Diese wird dadurch erheblich verstärkt, daß die Hohe Behörde als Kreditgeber für die Montanunternehmen der Unionländer fungieren will. Viele der Erklärungen zum „gleichen Start“ und „freien Wettbewerb“ werden allzu leicht praktisch dadurch aufgehoben, daß die Hohe Behörde als Kreditgeber und Investitionsmittel-Verteiler auftritt. Diese Tendenz wird dadurch noch verstärkt, daß die Kreditfähigkeit der Montanunternehmen selbst durch die Höhe der Umlage beeinträchtigt wird, die von den Unternehmen an die Hohe Behörde abzuführen sind. Die deutsche Montanindustrie hat rund 40 Prozent des gesamten Umlageaufkommens aufzubringen, so daß der von ihr zunächst zu leistende Jahresbeitrag auf rund 170 Millionen DM geschätzt wird. Dieser Betrag wird den deutschen Zechen und Hüttenwerken sehr fehlen, wenn sie ihren unbestritten vorhandenen Investitionsrückstand gegenüber den Konkurrenzindustrien der anderen Schumanplan-Länder aufzuholen sich bemühen.

Die Verwendung der Gelder, die aus der Umlage für die Montanunion hervorgehen, dürfte für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie alarmierend sein. Bekanntlich rechnet die Hohe Behörde mit einem Jahresaufkommen von 200 Mill. Dollar. Davon werden etwa 20 Mill. Dollar für Verwaltungskosten der Hohen Behörde in Anspruch genommen werden. 30 Mill. Dollar sollen dafür verwendet werden, evtl. stillzulegenden Betrieben oder Betrieben, die Kurzarbeit leisten müssen, Überbrückungsbeihilfen zu zahlen (wobei das Geld nicht direkt für die Betriebe, sondern für die frei werdenden Arbeiter bestimmt ist.) Man rechnet in Kreisen der Hohen Behörde damit, daß diese 30 Mill. Dollar ausschließlich in die deutsche Eisen- und Stahlindustrie gehen werden, da nach der Eröffnung des gemeinsamen Marktes für Eisen und Stahl eine Reihe von deutschen Werken nicht mehr rentabel wird arbeiten können.

Die 150 Mill. Dollar, die dann noch zur Verfügung stehen, sind für die Kreditbeschaffung (Bürgschaften für Schuldendienst usw.) bestimmt. Maßgebende Kreise der Hohen Behörde rechnen damit, schon in kurzer Zeit amerikanische Kredite in Höhe von etwa 1,5 Mrd. Dollar zu erhalten. U. a. sollen diese Kredite von der Weltbank kommen. Ein Investitions- oder Kreditverteilungsplan besteht noch nicht. Nach Erklärungen des Präsidenten der Hohen Behörde, Monnet, soll von den für die Kohlewirtschaft zur Verfügung gestellten Krediten die Ruhrkohle-Industrie etwa 80 Prozent erhalten. Die Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands hingegen kann mit größeren Summen nicht rechnen.

Freie Eisenpreise

Angesichts der unüberbrückbaren Gegensätze in den Konjunkturbeurteilungen der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie hat Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard auf die für Ende Januar anberaumte gemeinsame Preisbesprechung verzichtet und die Eisenpreise mit Wirkung vom 23. Januar völlig freigegeben.

Die wichtigste Auswirkung der neuen Regelung besteht darin, daß den einzelnen Werken der eisenschaffenden Industrie nunmehr die Abstimmung von Preisforderungen untersagt ist. Nach der geltenden Kartellgesetzgebung sind interne Preisverabredungen — dazu gehören nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums selbst gemeinsame, unverbindliche Preislisten — unzulässig. Die künftigen Eisenpreise müßten in einzelnen Verhandlungen zwischen den jeweiligen Werken und Käufern vereinbart werden.

Mitentscheidend für die plötzliche Preisfreigabe war, daß die aus der Einführung des gemeinsamen Marktes der Montanunion zu erwartenden Auswirkungen auf die deutschen Eisenpreise vom Bundeswirtschaftsminister jetzt weniger pessimistisch beurteilt werden.

Da am 10. April mit dem beabsichtigten Inkrafttreten des gemeinsamen Marktes für Eisen und Stahl der Bundesregierung überhaupt jede Möglichkeit für eigenständige Preisfestsetzungen genommen wird, ist das Kapitel einer selbständigen deutschen Eisenpreispolitik offenbar auf Jahre hinaus abgeschlossen. Die seit 1926 unter staatlicher Mitwirkung mehr oder minder gebundenen Eisen- und Stahlpreise finden damit ein Ende.

Der Fortfall der Preisabsprachen dürfte im Augenblick generell wohl noch keine wesentliche Änderung im augenblicklichen Preisniveau für Eisen nach sich ziehen, weil bei dem vorhandenen Auftragspolster (5,5 Millionen Tonnen) der eisenschaffenden Industrie keine zwingende Notwendigkeit zu Preisermäßigungen besteht, verlautet aus Fachkreisen.

Die Erhöhung des Kohlepreises

Es war ein Plan des Bundeswirtschaftsministers, den Kohlepreis — unter Freistellung von Hausbrand und Verkehr — um 5 DM je Tonne „anzuheben“. Die Festsetzung des neuen Preises ist mit Wirkung vom 1. Februar erfolgt. Es gab und gibt viele Stimmen für und wider. Sie sollen hier nicht untersucht werden. Allgemein interessierend aber sind einige Darlegungen des Bundeswirtschaftsministeriums zur Kohlenfrage. So legt das BWM sehr großen Wert auf die Feststellung, daß mit einer Kohlepreiserhöhung um 5 DM dem Kohlenbergbau keinerlei Investitionsquote, die an sich dringend notwendig wäre, zugebilligt wurde. Der Investitionsbedarf, der auch nach der Kohlepreiserhöhung ungedeckt bleibt, beträgt nach Meinung des BWM im Kohlenbergbau unter Zugrundelegung einer angestrebten Fördersteigerung auf 150 Millionen Jahrestonnen bis zum Jahre 1956 3,2 Milliarden DM. Unsere Partner im Schumanplan hätten in den letzten Jahren erheblich mehr in ihrem Steinkohlenbergbau investiert, als dies in Deutschland möglich war. So habe der französische Bergbau von 1948 bis 1951 2,8 Milliarden DM investiert, der deutsche dagegen nur 0,88 Milliarden DM. Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Preisniveau ist man im BWM durchaus optimistisch. Die jährliche Mehrbelastung betrage: bei der eisenschaffenden Industrie 64,5 Millionen DM, bei der sonstigen Industrie 42 Millionen DM, in den Elektrizitätswerken 50 Millionen DM, bei den Gas- und Wasserwerken 26 Millionen DM, in der chemischen Industrie 19 Millionen DM, bei Steine und Erden 11,5 Millionen DM und bei Zellstoff, Pappe und Papier 3,5 Millionen DM.

Es ist manchmal nicht sehr schwer, vom grünen Tische aus „durchaus optimistisch“ zu sein. Die Realität aber wirft manchmal pechschwarze Schlagschatten.

Die Arbeitslosenstatistik

Auch die Arbeitslosenstatistik ist eine Realität. Und doch wird sie manchmal optimistisch verniedlicht, „... weil nicht sein kann, was nicht sein darf“. Den einen ist die Zahl zu hoch, den anderen zu niedrig. Jedenfalls ist die optimistische Behauptung, „die Zahl der Arbeitslosen werde durch den großen Anteil der eigentlich Arbeitsunfähigen stark überhöht“, sie sei also in Wirklichkeit gar nicht so erschütternd, widerlegt. Eine kürzliche Sondererhebung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat ergeben, daß nur 6,5 Prozent

jedes Erfolges im Menschen selber sucht: „Glück und Erfolg sind in uns. Wir müssen sie halten, fest und tief. Sowie aber hier drinnen etwas nachzulassen beginnt, müde zu werden, als bald wird alles frei um uns her, widerstrebt uns, rebelliert, entzieht sich unserem Einfluß. Dann kommt eines zum andern: Schlappe folgt auf Schlappe, und man ist fertig.“

Nun kann man natürlich das Wort „Erfolg“ auf verschiedene Art verstehen, einmal als äußeren, dann aber wieder als inneren Erfolg, der nach außen hin vielleicht gar nicht zu erkennen ist, aber seinen Träger dennoch stark und frei macht. Der große norwegische Dichter Knut Hamsun, der in seiner Jugend als Gelegenheitsarbeiter, als Straßenbahnschaffner usw. durch Amerika zog, sagte einmal: „Es gibt zwei Arten von Menschen, denen es gelingt, im Leben immer durchzukommen und bei jeder Sache obenauf zu sein: Das sind erstens die von Herzen Ehrlichen. Rein äußerlich sind sie nicht immer obenauf, aber tatsächlich in ihrem Innersten stets. Und dann gibt es die moralisch Beschädigten, die in den Grenzen des Gesetzes Frechen, die keine Skrupel mehr zu fühlen vermögen. Die kommen wieder hinauf, selbst wenn sie untergetaucht worden sind.“

Wir können nur wünschen, zu der ersten von Hamsun genannten Art von „Erfolgsmenschen“ gezählt zu werden!
— H. U. —

Das Metall der Sensationen

Eines der eigenartigsten Metalle, das die Technik kennt, ist das Beryllium. Es gehört zu den leichtesten festen Metallen und verleiht anderen Metallen Eigenschaften, die ihren Gebrauchswert erheblich erhöhen. Mit vollem Recht hat man Beryllium das „Metall der Sensationen“ genannt, weil es, seit man es in großem Umfang nach dem ersten Weltkrieg in die Technik einführte, immer neue, überraschende Eigenschaften offenbarte.

Zuerst soll während der Französischen Revolution der Chemiker Vauquelin Beryllium hergestellt haben, das aber noch kein reines Metall war. Erst der Deutsche Friedrich Wöhler, der Entdecker des Aluminiums und des Yttriums, der zuerst Bor und Silizium kristallisierte und Harnstoff herstellte, konnte 1828 Beryllium in kleinen Blättchen in reinem Zustand gewinnen. Wie so viele Entdeckungen des 19. Jahrhunderts, wurde auch diese wieder vergessen, obwohl es in der Zwischenzeit dem Franzosen Le Beau 1898 gelang, mittels Elektrolyse Beryllium aus Berylliumverbindungen herzustellen.

Das Metall aber war sehr hart und spröde bei einem Reinheitsgehalt von 92 v. H. Vielfache Versuche, ein reines und brauchbares Metall herzustellen, schlugen fehl. Was sollte man auch mit einem Metall beginnen, das man aus zerstoßenen Edelsteinen herstellen mußte, um nur einige Gramm dieses „Metallzuckers“ zu erhalten? Seines süßen Geschmackes wegen nennt man

in Frankreich und England Beryllium auch Dulcinium (dulcis = süß). Dieser „Metallzucker“ kostete 1923 noch 100 000 RM das Pfund.

Bis in die Jahre nach dem ersten Weltkriege konnte man das Metall nur in kleinen Körpern von einigen Gramm herstellen. Dann gelang es nach dem Kriege dem Erfinder des Thermit, Goldschmidt, und dem damaligen Leiter des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Stock, auf elektrolytischem Wege größere Berylliumkörper herzustellen.

Es gibt nicht weniger als 34 Mineralien, die Beryllium enthalten. Am verbreitetsten ist es in der Berylliumerde, während ein reiner Berylliumedelstein nur etwa 14 v. H. Beryllioxyd enthält. Berylliumkristalle können bis zu 1000 kg schwer werden. In den USA hat man Beryll-Riesen bis zu 5 m Länge und 1 m Dicke gefunden. Geologische Schätzungen ergaben, daß unsere Erdkruste über so viel Beryll verfügt, daß jährlich 10 000 t gewonnen werden könnten.

Was gibt nun diesem stahlgrauen Metall seine große Bedeutung für die Metallurgie? Als reines Metall wird es kaum verwandt, denn seine Härte

der Arbeitslosen nicht oder kaum noch arbeitsverwendbar sind; rund ein Drittel der Arbeitslosen sind „nicht voll verwendungsfähig“, weil ihre Leistungen „unter Durchschnitt“ sind. (Aber: wie hoch mag wohl die Zahl der Beschäftigten unterdurchschnittlicher Leistung sein?) Mindestens also sind 60 Prozent aller Arbeitslosen voll verwendungsfähig. Und diese mindestens z. Z. runde eine Million Arbeitsloser ist nicht untergebracht. Da hilft kein Drehen und Deuteln.

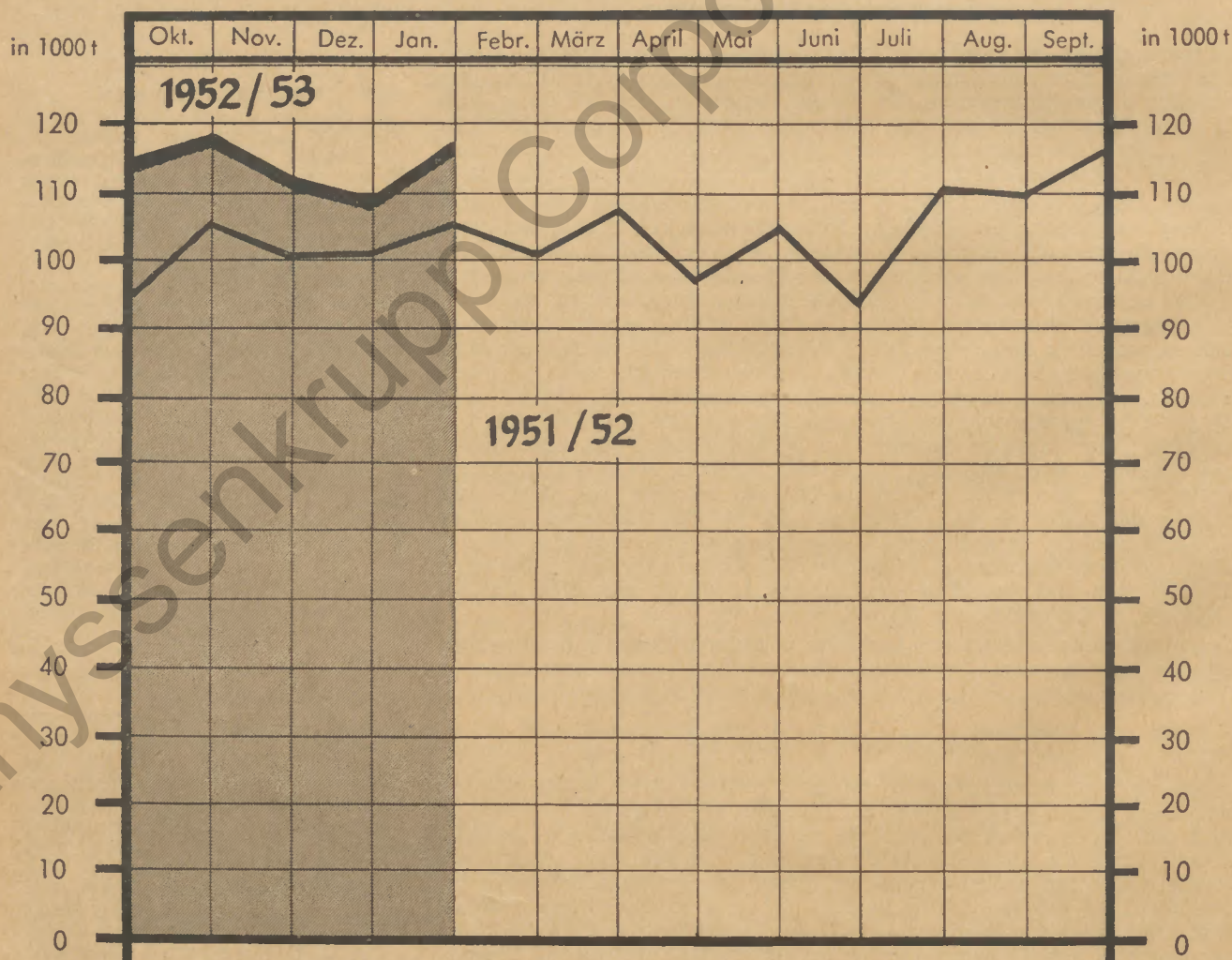
Ist es nicht besser, alle Kraft an die Beseitigung der vorhandenen und in ihrer Struktur klar erkennbaren Arbeitslosigkeit zu setzen, als um billiger Optik willen die Statistik in ihrem Wahrheitsgehalt anzugreifen? Man sollte sich die Zahlen öfter vor Augen halten! Und etwas nachdenken!

Neun-Milliarden-Etat der Gemeinden

Aber nachdenken, ach, das ist lästig. Vielleicht wird mal — hoffentlich — über die Produktion und die Produktivität des Betriebes nachgedacht oder über den Anteil des Lohnes am Sozialprodukt oder über die Höhe der Steuern. Vielleicht, sage ich. Dann aber ist es aus. Und wer darüber hinaus nachdenkt, dem sitzt oft der Mantel näher als das Hemd.

Unsere Gemeinden z. B. müßten uns — neben unserer Zugehörigkeit zum Werk — eigentlich am unmittelbarsten berühren, denn sie geben einen sehr großen Anteil des Geldes aus, das wir an Steuern, Abgaben, Gebühren aufbringen. Dieser Betrag erreichte 1952 rund 9 Milliarden DM. Von unseren Kommunen aber wissen wir am wenigsten — was zum Teil davon herrührt, daß wir immer erst sehr verspätet Kenntnis von den sehr komplizierten und erst nach langer Zeit exakt zu erfassenden Finanzvorgängen der Gemeinden erhalten.

Unsere Rohstahlerzeugung



Was nehmen die Gemeinden ein? Da sind zunächst einmal neben den gemeindeeigenen Steuern, die im Rechnungsjahr 1950/1951 2,54 Milliarden DM und 1951/1952 3,55 Milliarden DM ausmachten, die Einnahmen aus Gebühren, Beiträgen usw., die im Rechnungsjahr 1950 über 1,73 Milliarden DM und im Rechnungsjahr 1951 1,85 bis 1,90 Milliarden DM ausgemacht haben und die 1952 wahrscheinlich die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten haben. Eine wesentliche Rolle spielen auch die allgemeinen Finanzausweisungen der Länder, die im Rechnungsjahr 1950 rd. 818 und im Rechnungsjahr 1951 822 Millionen DM betragen haben. Weiter kommen in Frage die Erwerbseinkünfte der gemeindlichen Unternehmen mit einem Überschuß von 246 Millionen DM im Rechnungsjahr 1950 und vielleicht 300 Millionen DM im Rechnungsjahr 1951, und schließlich spielen auch die Schuldenaufnahmen der Gemeinden einschließlich der Verwendung von Rücklagen eine erhebliche Rolle. Sie betrugen im Rechnungsjahr 1950 625 Millionen DM und wurden für das Rechnungsjahr 1951 nach der Schuldenstatistik der Gemeinden abzüglich Tilgungen mit 535 Millionen DM angegeben.

Insgesamt betrugen somit die Mittel, die für bereinigte Eigenausgaben der Gemeinden verfügbar waren, im Rechnungsjahr 1950 rd. 5,96 Milliarden DM und können unter vorsichtiger Schätzung der noch nicht bekannten Finanzquellen für das Rechnungsjahr 1951 auf etwa 7,06 Milliarden DM veranschlagt werden.

Was geben die Gemeinden aus und zu welchem Zweck? Hier stehen lediglich die vorläufigen Zahlen für das Rechnungsjahr 1950 zur Verfügung. Von einer Gesamtausgabe von 7,07 Milliarden DM entfiel in diesem Jahre ein Betrag von fast 2,6 Milliarden DM auf Bauausgaben, Grundvermögen und öffentliche Einrichtungen, davon 644 Millionen DM für Straßen, Brücken und sonstigen Tiefbau, 573 Millionen DM für Wohnungsbau und Wohnsiedlung, 366 Millionen DM für übriges Bau- und Wohnungswesen, 98 Millionen DM für allgemeines Grundvermögen und 911 Millionen DM für öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderungen. Der nächstgrößere Ausgabeposten betrifft die Sozialausgaben mit einem Gesamtbetrag von 1956 Millionen DM, darunter 520 Millionen DM Kriegsfolgenhilfe, 742 Millionen DM übrige Fürsorge und Jugendhilfe (ohne Leistungen der Soforthilfe) und 695 Millionen DM Gesundheits- und Jugendpflege. Als nächstgrößerer Block folgen dann die Ausgaben für das Schul- und Kulturwesen in Höhe von 1212 Millionen DM, darunter Volks- und Hilfsschulen 551, übriges Schulwesen 472 und Kultur 189 Millionen DM. Die anderen Ausgaben fallen hinter diesen großen Gemeindeausgaben erheblich ab. Für die allgemeine Verwaltung waren 584 Millionen DM erforderlich, für die Finanz- und Steuerverwaltung 187 Millionen DM, für öffentliche Sicherheit und Ordnung 318 Millionen DM und schließlich für Wirtschaftsunternehmen 184 Millionen DM.

Nun tun die Gemeinden durchweg nichts oder wenig, um ihre Bürger an sich und für sich zu interessieren. Dortmunds Oberstadtdirektor Wilhelm Hansmann — Aufsichtsratsmitglied der Hoesch Werke AG, der Hoesch Bergwerks AG und unserer Westfalenhütte AG — ladet in regelmäßigen Abständen nicht nur die Lokalredakteure, sondern auch die Leiter der Werkpressestellen zu Besprechungen ein, in denen sämtliche Dezenten der Verwaltung Rede und Antwort stehen. Das ist ein gutes Beginnen und unterscheidet sich trefflich von der sonst noch vorherrschenden Presseangst. Im übrigen: wer 90 Prozent tut, darf ruhig 10 Prozent reden. Das gilt nicht nur für Kommunen.

Demokratie in Kinderschuhen

Man merkt es an vielerlei. Da ist z. B. das neue Wahlgesetz, das künftig nicht mehr Stimme gleich Stimme werten, sondern „klare Mehrheiten schaffen“ will. Das klingt harmlos — aber nicht sehr schön. Vor allem dann, wenn der Fraktionsführer der CDU, v. Brentano, am 5. Januar erklärte: „Man kann es den gegenwärtigen Regierungsparteien nicht verdenken, wenn sie sich um ein Gesetz bemühen, das es ihnen ermöglicht, auch im neuen Bundestag eine sichere Mehrheit zu behalten.“ Oder wenn die Dortmunder Ruhr-Nachrichten erklären: Die Sozialdemokraten fühlen sich durch das neue Gesetz benachteiligt; „trotzdem oder gerade deshalb werden wir das neue Gesetz...“

Berechnungen der Wahlgesetz-Arithmetiker der Koalition haben nach dem neuen Wahlgesetz folgende Chancen für die Bundestagswahl 1953 errechnet: Die bisherige Regierungskoalition etwa 300 Abgeordnete, SPD etwa 130 Abgeordnete, BHE etwa 30 Abgeordnete, DP etwa 10 Abgeordnete. Keine Abgeordneten würden erreichen die KP, das Zentrum und die Heinemann-Partei.

und Sprödigkeit sind größer als die des Glases. Vielmehr zeigt es seine hohe Eigenschaft erst als Legierungsmetall, und zwar in kleinen Hundertsätzen. Mit einem kleinen Zusatz Beryllium wird Gold so hart, daß man es nicht mehr schneiden kann. Ein Zusatz von nur 2 v. H. Beryllium verwandelt Kupfer zu einem stahlharten und elastischen Metall. Auf diese Weise lassen sich zahlreiche Metalle zu größter Härte gestalten, und zwar mit kleinen Mengen Beryllium.

Kein anderes Metall hat auch derart dazu beigetragen, Spitzenleistungen in der Technik zu erreichen, wie das Beryllium. Überall, wo andere Metalle versagten, griff man zur Berylliumlegierung. Die deutsche Technik hat auch hier erste Pionierdienste geleistet. Sie bewies schon Jahre vor dem zweiten Weltkrieg, was eine Ventildfeder aus Berylliumnickel leisten kann. Damals staunten selbst die Amerikaner über die gewaltigen Leistungen der deutschen Rennmotoren, die mit Beryllium-Ventilfedern ausgestattet waren.

Beryllium-Nickel-Federn sind unzerbrechlich. Wer sich auf Technik versteht, weiß, was das heißt. Federn aus Stahl brechen schon nach 2,5 Millionen Biegungen, eine Feder aus einer Berylliumlegierung hält dagegen 20 Milliarden Biegungen aus, und ein Draht aus derselben Legierung vermag das Doppelte zu tragen wie Stahldraht. Will man hoch beanspruchte Lager, rostfreie Spiralfedern, verschleißfeste Blattfedern herstellen, greift man zu einer Berylliumlegierung. Da Beryllium keine Funken erzeugt, dienen Berylliumlegierungen auch zur Herstellung von Bergwerks- und Ölbohrungswerkzeugen. Dünne Blättchen reinen Berylliums werden statt Aluminium jetzt als Austrittsfenster der Strahlen in Röntgenröhren verwandt, weil es die Strahlen besser durchläßt als ein Aluminiumblättchen, das man früher verwandte.

Mit Hilfe von Beryllium machte man auch großartige andere physikalische Entdeckungen, nämlich die Neutronenstrahlen, die nicht nur ein ähnliches Durchdringungsvermögen wie harte Röntgenstrahlen haben, sondern auch die wichtige Eigenschaft besitzen, gewöhnliche Stoffe durch Anlagerung des Neutrons (ein Bestandteil des Atomkerns) in deren Atomkern radioaktiv zu machen.

Anton Lübke

Grober Keil auf groben Klotz

„Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil“ denken manche Menschen und sind ängstlich bemüht, nur gar nichts schuldig zu bleiben, auf jeden wirklichen oder vermeintlichen Angriff immer noch etwas klotziger zu antworten. So kommt es, daß sich zwischen Personen, die vielleicht nur von Natur etwas reizbar sind, das bildet, was man in der Seelenkunde „Teufelskreis“ nennt.

Sie verhalten sich dann ähnlich wie Hunde, die sich einmal länger und kräftig gebissen haben. Sie sind jeder-

In Ausübung seines Berufes
verunglückte tödlich unser
Belegschaftsmitglied

Bruno Lietz

Maschinenabteilung Hochofen

Vorstand, Betriebsvertre-
tung und Belegschaft be-
trauern seinen Tod und
werden ihm ein ehrendes
Gedenken bewahren.

zeit bereit, aufeinander loszufahren und werden gereizt, wenn sie sich nur sehen. Ihr Verhältnis wird immer schlechter und für die Zusammenarbeit immer hemmender, weil eben jeder bemüht ist, immer noch einen etwas größeren Keil aufzusetzen.

Und doch ist es zumeist nicht nötig, daß die Dinge so laufen. Die beiden passen vielleicht im Grunde gar nicht so schlecht zusammen und könnten sich recht gut vertragen. Das Pech ist eben, daß ein ungünstiger Zufall — möglicherweise hatte dem einen gerade das Frühstück nicht geschmeckt — sie im falschen Augenblick aneinander brachte, und schon beginnt der „Teufelskreis“ zu laufen.

Wenn aber sich einer über diesen Zusammenhang klar wird, faßt er vielleicht den vernünftigen und heilsamen Entschluß, die Lage zu ändern. Er benutzt einen günstigen Augenblick, wo alles gut gelaunt und friedlich ist, sich mit dem scheinbaren Gegner auszusprechen. Vielleicht sagt er ihm auch nur einmal ein Wort der Anteilnahme, zeigt ihm eine freundliche Miene, erweist ihm einen kleinen Kameradschaftsdienst, oder unterdrückt auch nur gelegentlich seine Gereiztheit und bleibt ruhig, wenn der andere sich aufgebracht und ungerecht zeigt. Es muß aber wirkliche Freundlichkeit und der Wunsch, den Streitzustand zu beenden, dahinter stehen. Man muß nicht dem anderen seine Überlegenheit zeigen, sich nicht als „der Klügere, der nachgibt“ aufspielen wollen.

Ist der Lauf der Dinge erst einmal zum Halten gebracht, wird erst die unerwartete Freundlichkeit durch einen Gegendienst vergolten, dann kann der Kreis auch umgekehrt laufen. Das Verhältnis wird immer besser. Aus gegenseitiger Duldung wird Achtung und Kameradschaft. Vielleicht werden die ehemaligen Gegner sogar eines Tages Freunde, die sich gar nicht mehr vorstellen können, daß sie sich früher einmal nicht leiden konnten. O. F. M.

Demokratisch sein ist nicht immer leicht, und — es hat sich schon mancher manchmal schwer verrechnet.

Das Saargebiet in Gefahr?

Es ist in Gefahr, so oder so. Das wurde für den, der bisher nur den Eisernen Vorhang im Osten, aber nicht den blechernen im Südwesten sah, mindestens bei der Regierungserklärung des neuen französischen Ministerpräsidenten Mayer deutlich.

Mayer plädiert zwar für weitere Saarverhandlungen, aber seine Erklärung, ein europäischer Status des Saarlandes sei die notwendige Voraussetzung für eine Ratifizierung des Deutschland- und des EVG-Vertrages, zeigt die Hartnäckigkeit des französischen Standpunktes. Frankreich besteht nach wie vor unter allen Umständen auf der politischen Loslösung des Saargebietes von Deutschland. Damit wird eine Forderung aufgestellt, die in der deutschen Öffentlichkeit fast einmütige Ablehnung erfährt und die auch nicht ausgekühnelt werden kann. Freiwillig wird sich das deutsche Volk mit einer zweiten Oder-Neiße-Grenze im Westen nicht einverstanden erklären.

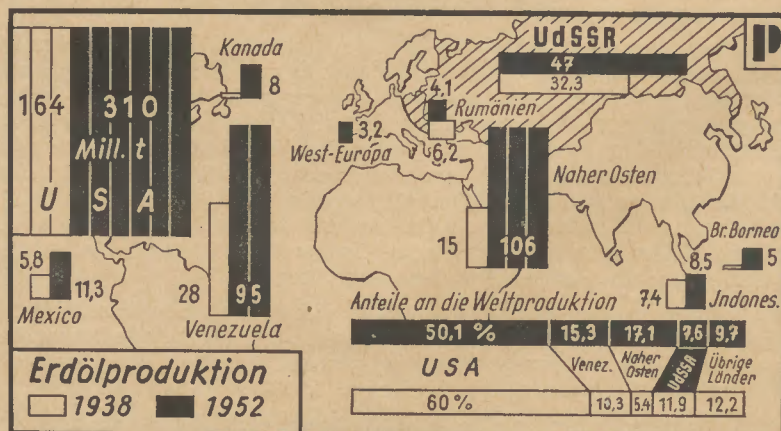
Das Blut der Welt

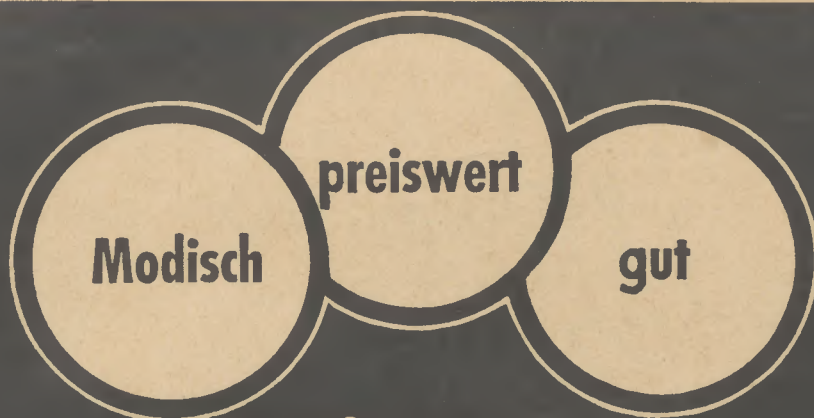
Das Rohöl ist einer der wichtigsten Faktoren der Weltwirtschaft und Weltpolitik — nicht zuletzt auch der strategischen Planungen und Realitäten.

Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr 1938 hat sich die Welt-Rohöl-Produktion 1952 um fast 130% erhöht, von 273 auf 618,1 Millionen t. Die Rangliste der wichtigsten Produzenten wird immer noch von den USA geführt, deren Anteil an der Welterzeugung allerdings von 60 auf 50% zurückgegangen ist. Venezuela hat seinen Vorsprung gegenüber der Sowjetunion, den es erstmals 1941 erreichte, im letzten Jahrzehnt ständig vergrößert. Es erzeugt heute doppelt soviel Rohöl wie die UdSSR.

Auf die UdSSR folgen Arabien, Kuwait und Irak. Diese drei nahöstlichen Ölländer haben zusammen ihren Anteil an der Welterzeugung von knapp 2% im Jahre 1938 auf 16% erhöht. Durch die Fertigstellung der großen Erdölleitung vom Kirkuk-Feld nach Banias am Mittelmeer ist die Erdölförderung im Irak gegenüber 1951 um nicht weniger als nahezu 124% gestiegen (von 8,6 auf 19 Millionen t). Die Förderung in dem reichsten Ölfeld der Welt, dem Revier von Burgan in Kuwait, hat sich von 1951 auf 1952 nochmals um über 30% erhöht. Der Ausfall der persischen Ölerzeugung (1952: 1 Mill. t gegenüber 32,2 Mill. t im Jahre 1950) ist durch die Steigerung der Ölerzeugung im Irak, in Kuwait und Arabien mehr als wettgemacht worden.

Außerhalb des Nahen Ostens erreichte Kanada die größte Steigerungsquote gegenüber 1951: die Förderung konnte um rund 25% von 6,4 auf 8 Millionen t erhöht werden. Für das laufende Jahr wird ein weiterer Anstieg der kanadischen Erzeugung auf etwa 15 Millionen t erwartet. Die der Sowjetunion und den osteuropäischen Satellitenländern zur Verfügung stehende Eigenförderung (einschließlich Österreich mit 3 Millionen t) macht nur 9% der gesamten Welterzeugung für 1952 aus.





kauft man bei

Küfster

DORTMUND · SCHWERTE · HÖRDE · HOMBRUCH

Kaufabkommen mit der Westfalenhütte; alles Nähere erfahren Sie bei Ihrer Sozial-Abteilung.

Marmor- und Granitwerke

PROTHMANN

Inhaber: Hermann Prothmann

Ausführung sämtlicher Marmor-,
Granit- und Steinarbeiten in in- und
ausländischen Materialien

Übernahme ganzer Bauausführungen

DORTMUND

Missundestr. 49-51 · Fernruf 32800

ODEON

FILM-THEATER

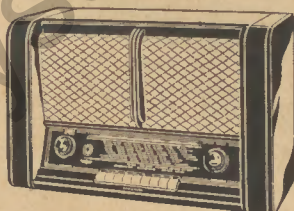
■■■■■ AUF DER BRÜCKSTRASSE ■■■■■
RUF 31150

Das Haus mit der
ältesten Dortmunder Theatertradition zeigt

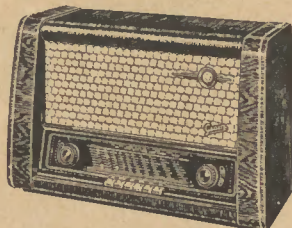
Spitzenfilme

der Weltproduktion
in Ur- oder Erstaufführungen

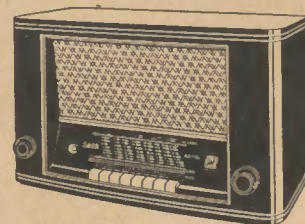
Bei einer Anzahlung von nur **10,— DM** liefere ich sämtliche Rundfunk- und Elektrogeräte an kreditwürdige Kunden **sofort frei Haus**. Große Auswahl in Musikschränken, Schallplatten und Tonbandgeräten.



Imperial „622“
498,— DM



Graetz „164“
325,— DM



Saba Meersburg „W 2“
498,— DM

HELMUT RISTAU

Bornstraße 62 und Borsigplatz 12 - Ruf 30257



5 wesentliche Vorteile liegen auf der Hand

Größtmöglicher individueller Kredit, Anzahlung nicht Bedingung.

Krediterteilung und Kauf im gleichen Haus. Sofortiger Kreditentscheid. Keine Wartezeit und keine zusätzlichen Wege.

Gleich gute Qualitäten und dieselben niedrigen Warenpreise wie beim Barkauf.

Keine Bearbeitungsgebühr für Krediterteilung. Bequeme Rückzahlung. Geringer Teilzahlungszuschlag.

Nach jeder Ratenzahlung sofortiger Neukauf möglich bis zur vollen Kredithöhe.

DEFAKA-Kredit ist Dauer-Kredit



Wie früher hilft jetzt allen wieder das millionenfach bewährte DEFAKA-Kreditsystem. Dringend notwendige Anschaffungen können Sie nun sofort machen. Sie brauchen nicht mehr mühselig vorher zu sparen.

Sie erhalten DEFAKA-Kredit bei uns ohne große Formalitäten und ohne zu warten. Kredit und Kauf in einem Haus – das erspart Ihnen zusätzliche Wege.

Die guten Qualitäten unserer großen Spezial-Abteilungen sind allbekannt. Vorteilhafte Warenpreise – gleich niedrig bei Barkauf und Kreditkauf – und bequeme Raten haben das Wort geprägt:

Wenn's Bargeld nicht ganz reicht, DEFAKA macht Dir's leicht!

Kaufhaus
KÖSTER



macht Dir's leichter!

DORTMUND, HANSASTRASSE, NEBEN DEM CAPITOL



Das Bundeshaus
in Bonn

Der Aufbau der Demokratie

In wenigen Monaten wird der neue Bundestag gewählt, der die bisherige Regierung bestätigen oder den Weg für eine neue Regierung frei machen soll. Diese Frage geht jeden einzelnen an. Gerade deshalb ist mit Bedauern festzustellen, daß immer noch eine weitgehende Uninteressiertheit und auch Unkenntnis über die innere Struktur und die äußeren Erscheinungsformen der Demokratie herrschen. Unsere Weimarer Demokratie, die 1918/19 begann, wurde 1933 zerschlagen, nachdem sie längst schon innerlich ausgehöhlt war. Dann feierte die Diktatur Orgien — bis zum totalen Zusammenbruch. Aber auch nach dem Zusammenbruch konnte zunächst von einer demokratischen Entwicklung keine Rede sein.

Vom 8. Mai 1945 bis zum September 1949 gab es kein deutsches Parlament, keinen Präsidenten, keine deutsche Regierung. Mehr als vier Jahre lang lag die Staatsgewalt bei den Besatzungsmächten. Die Oberbefehlshaber der vier Besatzungsmächte bildeten eine Zeitlang den Alliierten Kontrollrat. Als dieser infolge der Uneinigkeit der Besatzungsmächte versagte, regierte jede Besatzungsmacht

in ihrer Zone nach Gutdünken. Deutschland drohte auseinanderzufallen. Am 1. Juli 1948 wurden die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder von den Besatzungsmächten beauftragt, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Dieser „Parlamentarische Rat“ stellte in achtmonatiger Arbeit in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zusammen, das am 8. Mai 1949 mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen wurde. Nach seiner Annahme durch zehn Landtage — der Bayerische Landtag lehnte es ab — trat es am 24. Mai 1949 in Kraft. Am 14. August 1949 wurde der erste Deutsche Bundestag vom deutschen Volke gewählt. Am 7. September 1949 traten die Abgeordneten zur ersten Sitzung zusammen. Am gleichen Tag hielt auch der Bundesrat seine erste Sitzung ab. Am 12. September 1949 wurde der erste Bundespräsident von der ersten Bundesversammlung gewählt.

Wir wählen also. Aber nicht jede Wahl ist demokratisch. Es gibt Staaten, die nicht demokratisch sind und in denen die Bürger trotzdem wählen dürfen. Das Recht, Stimm-

zettel abgeben zu dürfen, macht noch keinen demokratischen Staat. Es müssen noch einige andere Rechte des Bürgers gewährleistet sein:

Menschen, die in wichtigen politischen Fragen der gleichen Meinung sind, müssen das Recht haben, sich zu Parteien zusammenzuschließen. Staaten, in denen nur eine Partei besteht, sind keine demokratischen Staaten.

Jedermann muß das Recht haben, seine Meinung frei und offen zu sagen. Er muß sich auch in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und im Rundfunk äußern dürfen. Art. 5 GG. sichert dieses Recht. Staaten, in denen das Recht der freien Meinungsäußerung nicht besteht, sind keine demokratischen Staaten.

Die Bürger müssen das Recht haben, in Versammlungen zusammenzukommen. Art. 8 GG. sichert uns dieses Recht.

Jeder wahlberechtigte Bürger muß das Recht haben, seine Stimme geheim abzugeben. Ist die Wahl nicht geheim, ist mancher Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber, mancher Beamte von seinem Vorgesetzten abhängig (vgl. Art. 38 GG.).

Kein Bürger darf wegen seines Glaubens, seiner Parteizugehörigkeit, seiner Herkunft von der Wahl ausgeschlossen sein; keiner darf mehr Stimmen haben als ein anderer, weil er mehr Geld hat.

Wer darf wählen ?

In Art. 38 GG. heißt es:

a) Wahlberechtigt ist, wer das 21. Lebensjahr vollendet hat: Das Mindestalter war und ist nicht in allen Staaten gleich. Früher war es bei uns das 25. Lebensjahr, in anderen Staaten ist es das 18. Lebensjahr.

b) Die Wahl ist allgemein: Jeder, der das Mindestalter erreicht hat, darf wählen, ob Mann oder Frau, ob Fabrikant oder Hilfsarbeiter, ob reich oder arm. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind nur wenige: Geistesranke und solche, denen wegen eines Verbrechens die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen wurden.

c) Die Wahl ist unmittelbar: Der Wähler wählt den Vertreter, dem er sein Vertrauen schenkt, unmittelbar. (Der Präsident der USA z. B. wird mittelbar gewählt: Der Bürger wählt Wahlmänner, diese wählen den Präsidenten.) Die meisten Wahlen zu den Volksvertretungen sind heute unmittelbar.

d) Die Wahl ist frei. Es steht jedem Wähler frei, ob und wen er wählen will. Dies war nicht immer so und ist in manchen Staaten auch heute noch anders. In manchen Ländern muß jeder Wahlberechtigte wählen: Wahlrecht bedeutet also dort Wahlpflicht. — In manchen Ländern bekommt der Wähler nur einen Wahlvorschlag vorgelegt; er kann keinen anderen wählen.

e) Die Wahl ist gleich: Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Früher hatten in manchen Ländern manche Bürger mehr Stimmen als andere. Im alten Preußen z. B. bestand das Dreiklassenwahlrecht: Die Wähler jeder Gemeinde wurden nach der Höhe ihrer Steuerleistungen in drei Gruppen eingeteilt, und zwar so, daß auf jede Gruppe ein Drittel des Gesamtsteueraufkommens entfiel. Die Angehörigen jeder dieser Gruppen wählten die gleiche Zahl von Wahlmännern, die dann die Abgeordneten wählten. Es war nicht selten, daß ein Gutsbesitzer oder ein Fabrikant ebenso viele Wahlmänner wählen durfte wie Hunderte von Land- oder Fabrikarbeitern. Im Durchschnitt hatten zehn Wahlberechtigte der 1. Klasse ebensoviel Einfluß auf die Wahl wie 37 der 2. Klasse und 207 der 3. Klasse.

f) Die Wahl ist geheim: Sie muß so vor sich gehen, daß niemand feststellen kann, wie ein Wahlberechtigter gewählt hat. Aus diesem Grunde ist es nicht gleichgültig, wie die Wahl vor sich geht und wie das Wahllokal eingerichtet ist.

Wer kann gewählt werden ?

Das Mindestalter für das passive Wahlrecht ist in den meisten Staaten höher als das für das aktive Wahlrecht. Dies ist wohlüberlegt. Die Stimmabgabe ist zwar ein verantwortungsvoller Vorgang im Leben des Staatsbürgers. Wer aber als Abgeordneter tätig sein will, braucht noch



Plenarsaal mit Presse und Zuschauertribüne

Das Schwarze Brett in der Halle des Haupteinganges zeigt Plenar-, Ausschuß- und Fraktionssitzungen an

Das Abgeordnetenhaus, in dem je zwei Abgeordnete ein Arbeitszimmer haben

mehr Einsicht in die schwierigen Zusammenhänge des staatlichen Lebens, und auch eine gewisse Lebenserfahrung tut gut. Nach Art. 38 GG. kann in den Bundestag gewählt werden, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Die Bundesrepublik ist ein Bundesstaat

Wenn man einen Franzosen fragt, zu welchem Staat er gehöre, dann ist die Antwort für ihn leicht: „Zu Frankreich.“ Wenn an jemand von uns die gleiche Frage gestellt

Blick vom Präsi-
denten in den
Plenarsaal.
Im Vordergrund
von links nach
rechts: Dr. Kurt
Schumacher †, Prof.
Dr. Carlo Schmid,
Paul Loebe



wird, dann kommt er nicht so leicht davon. Jeder von uns gehört zwei Staaten an: einem Land und der Bundesrepublik Deutschland.

Frankreich ist ein demokratischer Staat; wie bei uns wählen auch dort die Bürger das Parlament. Dieses Parlament beschließt alle Gesetze, die in Frankreich gelten. Es wählt auch die Regierung, die das ganze Land regiert.

Anders in Deutschland. Für jeden Bürger gibt es zwei Parlamente: eines im Land (Landtag, Senat), eines im Bund (Bundestag in Bonn). Jeder von uns untersteht zwei Regierungen: der Landesregierung und der Bundesregierung in Bonn. Die neun Länder in Westdeutschland haben sich zu einem Bund zusammengeschlossen, zur Bundesrepublik Deutschland. Sie ist ein Bundesstaat.

Der Bundestag

Das Volk wählt die Abgeordneten des Deutschen Bundestages (vgl. Art. 38 GG.). Der Bundestag besteht aus mindestens 400 Abgeordneten. Es wählen: Nordrhein-Westfalen 109 Abg., Bayern 78 Abg., Hessen 36 Abg., Niedersachsen 58 Abg., Baden-Württemberg 54 Abg., Rheinland-Pfalz 25 Abg., Schleswig-Holstein 23 Abg., Hamburg 13 Abg., Bremen 4 Abg. — In den jetzigen Bundestag wurden 402 Abg. gewählt. Dazu kommen noch die Vertreter Berlins (zur Zeit 19 Abg.).

Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Er kann auch schon früher aufgelöst werden: „Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestags, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers . . . den Bundestag auflösen.“ (Art. 68 GG.)

Der Bundesrat

„Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit.“ (Art. 50 GG.) Der Bundesrat besteht aus Mitgliedern der Landesregierungen. (Art. 51 GG.) Die Zahl der Stimmen, die jedes Land im Bundesrat abgeben kann, ist abhängig von der Einwohnerzahl des Landes. „Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohner haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohner haben fünf Stimmen.“ (Art. 51, Abs. 2 GG.) Zur Zeit haben Nordrhein-Westfalen, Bayern, Nieder-

sachsen und Baden-Württemberg je 5 Stimmen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein je 4 Stimmen, Hamburg und Bremen je 3 Stimmen.

Der Bundespräsident

Jeder Staat braucht ein Oberhaupt. Früher waren dies meist Herzöge, Könige oder Kaiser (Monarchien). Wenn der Herrscher starb, folgte ihm sein Sohn — in manchen Ländern auch seine Tochter — oder ein naher Verwandter auf den Thron. Heute wird in den meisten Staaten das Oberhaupt auf eine bestimmte Zeit gewählt (Republik) und „Präsident“ genannt.

Der Reichspräsident der Weimarer Republik wurde vom Volk in direkter Wahl gewählt. — In USA wählt das Volk Wahlmänner, und diese wählen den Präsidenten. — In Frankreich wird der Präsident von der Volksvertretung gewählt.

In der Bundesrepublik Deutschland wird der Bundespräsident nicht vom Volk gewählt, sondern von den Volksvertretungen. Weil wir aber in einem Bundesstaat leben, wirken bei dieser Wahl nicht nur der Bundestag, sondern auch alle Volksvertretungen der Länder mit. Deshalb ist das Wahlverfahren etwas umständlicher.

Die Wahl geschieht durch die Bundesversammlung. Die Bundesversammlung besteht a) aus den Mitgliedern des Bundestags, b) aus ebensoviel Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden.

Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre.

Wer kann gewählt werden? Jeder Deutsche, „der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.“ (Art. 54 GG. Abs. 1.)

Die Bundesregierung

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern (vgl. Art. 62 GG.). Zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik 14 Ministerien.

Der Bundeskanzler wird vom Bundestag gewählt.

Die Bundesminister werden vom Bundeskanzler vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten ernannt.

Wie lange bleibt der Bundeskanzler im Amt? Sein Amt endet immer mit dem Zusammentritt des neuen Bundes-

tags. Er muß aber auch früher vom Bundespräsidenten entlassen werden, wenn der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt. (Art. 67 GG.)

Wie lange bleibt ein Bundesminister im Amt? Normalerweise währt das Amt eines Bundesministers so lange wie das des Bundeskanzlers, der ihn dem Bundespräsidenten vorgeschlagen hat (vgl. Art. 60, Abs. 2 GG.). Er kann aber auf Vorschlag des Bundeskanzlers auch schon vorher entlassen werden (vgl. Art. 64, Abs. 1 GG.).

Wie geht die Regierungsbildung vor sich?

Nach dem Grundgesetz muß der Bundeskanzler vom Bundestag gewählt werden. Es wäre also sinnlos, wenn der Bundespräsident jemand vorschläge, von dem er von vornherein weiß, daß der Bundestag ihn nicht wählen würde. Deshalb gehen der Wahl des Bundeskanzlers Besprechungen innerhalb der Parteien über die Regierungsbildung voraus. Dies ist in allen demokratischen Ländern so, trotz mancher Unterschiede, die wir an zwei Beispielen klarmachen wollen.

Ein klarer Fall: In Großbritannien gibt es zwei große Parteien, die Arbeiterpartei (Labour Party) und die Konservativen. In der Regel bildet eine dieser beiden Parteien die Regierung, die andere steht in Opposition. Während des zweiten Weltkrieges war Churchill, der Führer der Konservativen, Premierminister, 1945 erhielt die Labour Party die Mehrzahl der Sitze im Parlament. Deshalb übernahm diese Partei die Regierung, und die Konservativen wurden Oppositionspartei. Bei der letzten Wahl erhielten die Konservativen einige Abgeordnete mehr als die Labour Party. Als das Ergebnis bekannt war, ging der bisherige Premierminister zum König und schlug vor, ihn und die bisherigen Minister zu entlassen und eine konservative Regierung zu ernennen. So geschah es auch.

Ein schwieriger Fall: Bei der ersten Bundestagswahl wurden gewählt: von der CDU/CSU 139 Abg., von der SPD 131 Abg., von der FDP/DVP 52 Abg., von der BP (Bayernpartei) 17 Abg., von der KP 15 Abg., von der DP (Deutschen Partei) 17 Abg., von der WAV (Wirtsch. Aufbauvereinigung) 12 Abg., vom Zentrum 10 Abg., sonstige 9 Abg.

Die CDU/CSU ging also als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Aber sie hatte die absolute Mehrheit nicht erreicht! 263 Abgeordnete gehörten anderen Parteien an. Sie

Plenarsitzung des Bundesrates



konnte darum die Regierung nicht allein bilden; sie brauchte die Hilfe anderer Parteien dazu.

Jede Partei hat vor der Wahl ein Programm aufgestellt und bekanntgegeben. Sie hat die Stimmen derjenigen Wähler erhalten, denen dieses Programm zugesagt hat. Die Abgeordneten jener Partei sind es darum ihren Wählern schuldig, daß dieses Programm nach Möglichkeit durchgeführt wird. Wenn sie also eine Regierung unterstützen, müssen sie sich einen Einfluß sichern. Dies erreichen sie am besten, wenn sie einen oder einige Ministerposten erhalten.

Es ist darum eine schwierige Aufgabe, eine Regierung aus mehreren Parteien zu bilden. Manchmal dauert es auch lange. Dann sprechen viele Bürger oft von einem „unwürdigen Handel um Ministerposten“. In Wahrheit entstehen diese Schwierigkeiten vor allem deshalb, weil man dem Willen der Wähler Rechnung tragen will.

Eine Regierung, die von mehreren Parteien gebildet wird, nennt man eine Koalitionsregierung. Die Parteien, die sie unterstützen, nennt man Regierungsparteien. Die anderen Parteien stehen in Opposition.

Braucht man eine Opposition?

Oft hört man sagen: „Es gefällt mir nicht, daß man sich in den Parlamenten so wenig einig ist. Andauernd hängen sich Regierungsparteien und Opposition in den Haaren. Es wäre besser, wenn sie einig wären.“ In England denkt man anders. Dort wird der Führer der Opposition wie ein Minister bezahlt, weil man weiß, daß es gut ist, wenn die Regierung einen „Aufpasser“ und „Warner“ hat. Dies aber ist die Aufgabe der Opposition. Wir sollten daraus lernen. In einer rechten Demokratie ist die Opposition notwendig.

Sie kann den Regierungsparteien sozusagen einen Spiegel vorhalten; sie kann auch eigene Vorschläge für Gesetze machen. Sie kann dafür sorgen, daß die Regierungsmehrheit auch den Willen der Minderheit beachten muß.

Wir müssen Staatsbürger werden!

Wir haben uns den Gesetzen unterzuordnen. Die Gesetze werden vom Bundestag erlassen und von der Regierung verkündet. Von den Gesetzen wird jeder betroffen. Sie greifen oft tief in unser persönliches Leben ein — denken wir z. B. an Steuergesetze. Es müßte deshalb eine Selbstverständlichkeit sein, daß jeder an der Schaffung der Gesetze — um bei diesem einen Beispiel zu bleiben — mitwirkt: durch seine Stimme, die er bei der Wahl dem Kandidaten seines Vertrauens abgibt. Wer abseits steht und sich abseits hält, hat nicht das Recht billiger Kritik. Daran sollte jeder bei den kommenden Wahlen denken.

Das Textilkauflhaus für Jedermann

DRAHOTA

Dortmund · Steinplatz

Nutzen Sie den Vorteil, den wir Ihnen durch unser Kaufabkommen mit der Westfalenhütte bieten

Als autorisierter Händler für den Verkauf von

LUTZ-ERZEUGNISSEN

empfehle ich 50-ccm-Motorfahräder u. -Motoren.
Bitte, überzeugen Sie sich von den hochwertigen
Fabrikaten. Wie immer, biete ich günstige Zah-
lungsbedingungen.



RADSPORTHAUS

A. Essing

DORTMUND, Bornstraße 131

Erich Wagener

Dekorationen - Gardinen - Tapeten
Bodenbelag - Polstermöbel

DORTMUND

Hansapavillon - Fernruf 35234

Dekorationen und Bühnenvorhang für die
Werkstätten wurden von mir angefertigt

Hermann Schlieski, Dortmund

GLASERMEISTER

Kunstglaserei	Schauensterscheiben
Glasmalerei	Glasaufsätze
Glasschleiferei	Glas · Spiegel
Autoscheiben	Bilder · Einrahmungen
Bau- und	Messingverglasungen
Industrieverglasungen	Glas · Fliesen

Verkaufsraum: Bornstraße 129

Werkstatt: Holsteiner Straße 6 · Ruf 31867

Westfälische
Porzellan- und Glasniederlage



Hoffmann-Kessel

PORZELLAN — KRISTALL

KUNSTGEWERBE

WIRTEBEDARFSARTIKEL

Dortmund-Reinoldstr. 6 gegenüber der Handwerkskammer

Ernst Schackmann

Mineralöle

Dortmund

Körnebachstraße 106

Ruf 314 53 / 314 54 / 406 63

Der Lieferant für Walzwerke und die gesamte Hüttenindustrie

Spezialität: Walzenfettbrikett, Kranfett, Spezialfette und -öle für schwierigste Schmierungsverhältnisse
Berater der gesamten Hüttenindustrie in allen schmiertechnischen Fragen



Kaufhaus Liebler

Das Kaufhaus mit den kleinen Preisen

DORTMUND - HÖRDE

Alfred-Trappen-Str. 26-30

CASTROP-RAUXEL

Am Markt
und

LUNEN-SÜD

Jägerstraße 45



Das
bekannte
Fach-
geschäft

mit seiner großen
Auswahl von mehreren
100 Einrichtungen
und Polstermöbeln in allen
Preislagen bieten Ihnen nach wie
vor **Vorteile** im Einkauf

Vergleichen Sie, bevor Sie sich entscheiden,
Preise und Qualität

Dortmund Ruf **Dlmd.-Hörde**
I. Kampstraße 5 41142 Hermannstr. 42/44
Zahlungserleichterung

Die Vorboten des Frühlings sind eingetroffen!

Übergangsmäntel, Lodenmäntel,
Anzüge, Kombinationen,
Trenchcoats, Sportsakkos u. Hosen,
Damenmäntel und Röcke
sowie Konfirmations-Anzüge

Und wie immer — **zu kleinen Preisen** durch
die Lieferung der Fabrik direkt an den Kunden



Die
Bekleidungswerke
mit den
großen
Leistungen

Wer sparen und doch gut gekleidet sein will —
besucht uns in:

DORTMUND, Westenhellweg Tel. 35367
in der Krügerpassage, I. Etage
Kaufabkommen mit der Westfälischen Beamtenbank

DUISBURG, nur Sonnenwall 36 Tel. 22473
Haltestelle der Straßenbahnlinien 2 u. 3 (Friedr.-Wilh.-Platz)

GELSENKIRCHEN, nur Vohwinkelstr. 26 Tel. 24046
im Hause „Schmidt's gute Stuben“

HAGEN, Kaiserstraße 7 Tel. 7624
Alt-Hagener Brücke 3 Minuten v. Hauptbahnhof

VELBERT, Friedrichstraße 162

Wer von *Beleuchtungskörper* spricht, denkt an

BOHMERLICHT G.M.B.H., DORTMUND

AUSSTELLUNG MARKISCHE STRASSE 62 • TELEFON 22528

Sämtliche Beleuchtungskörper für den großen Saal der Werksschänke lieferten wir

MÖBEL Hansa

LUTGE BRUCKSTRASSE 20

zeigt Polstermöbel
Einzelmöbel - Kunstgewerbe



Erd- und
Feuerbestattung

Bestattungshaus Kau

LUTGE BRUCKSTR.

Ruf 22037

Särge in großer
Auswahl

Überführungen mit
eigenen Leichenautos

— KAUFABKOMMEN MIT DER WESTFALENHUTTE —

H. & K. Kerstges

SEIT 1905

MASS-SCHNEIDEREI

H. Oerlecke

FEINE HERRENKLEIDUNG

DORTMUND
OSTENHELLWEG 39

Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Auskunft durch die Sozialabteilung der Westfalenhütte AG Dortmund

Motorradhaus

Hans Theisen

Das Haus führender deutscher Motorradfirmen:

BMW, NSU, DKW

Tornax, Triumph

Motorroller NSU-Lambretta

Fend-Kabinenroller

und Seitenwagen

Ersatzteile, Kundendienst und Reparaturwerkstatt:

Semerteichstraße 67 - Ruf 41376

Stadtverkauf:

Hansastraße 7 (Westfalenhaus)
Ruf 34479

Filiale: Castrop-Rauxel 3, Lange Straße 77

Günstige Teilzahlungsbedingungen

Eduard Erdmann

Bauunternehmung

- HOCHBAU
- TIEFBAU
- STAHLBETONBAU

Dortmund

Körner Hellweg 18 · Fernruf 5 27 64

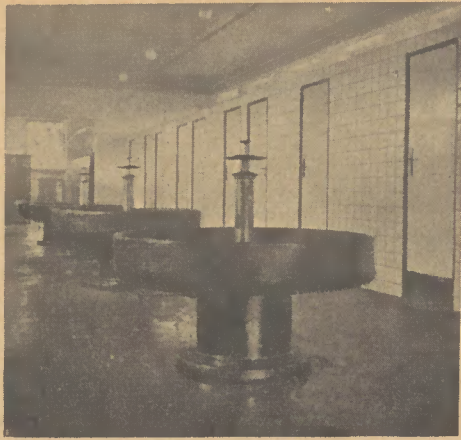
*Güte Betten, ohne Frage,
kauft Du stets bei Kalvelage.*



BETTEN *Kalvelage*

Das große Bettenhaus im Norden

Dortmund, Münsterstr. 28 a/b
Bettfedernreinigung täglich Ruf 3 58 79



Hugo Knappstein, Dortmund

Deggingstraße 87 — Fernruf: 21219

Zentralheizungen

und

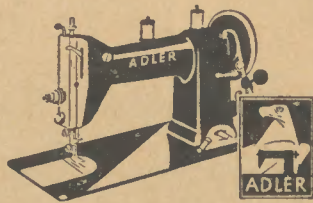
Lüftungsanlagen

für alle private und industrielle Zwecke

Nebenstehend: Ausgef. Waschkaue im Walzwerk Barop der Westfalenhütte

Die Nähmaschine fürs Leben

kaufen
Sie preiswert
in dem
bekannten
Fachgeschäft



W. BLÄTTERMANN U. SOHN

Rheinische Straße 14, am Körnerplatz
(Teilzahlung — 30,- DM Anzahlung — 12 Monatsraten)
Eigene Reparaturwerkstatt

Schlaffia-Matratzen

Stepp- und Woldecken · Inlett und Bettfedern

Bett- und Hauswäsche

Das große Bettenfachgeschäft

Betten-Doepel

Ostenhellweg 41

Täglich Bettfedern-Reinigung

ELEKTROGESELLSCHAFT



Otto Pamp K.G.

Ingenieurbüro
für Elektrotechnik

INSTALLATION VON :

Licht-, Kraft-, Schwach-
strom-, Hochspannungs-,
Signal- und Wächter-
kontrollanlagen

Vertrieb sämtlicher elektrotechnischer Erzeugnisse

Offene
Verkaufsstelle
und Büro :

Dortmund

Mallinckrodtstraße 119

Telefon : 34985

DORTMUNDER HANSA-EXPORT stellt den Typ des Bieres dar, das unter dem Namen „DORTMUNDER“ in der ganzen Welt den Begriff deutschen Edelbieres repräsentiert. Infolge Verwendung hochwertigen Malzes und edlen Hopfens lieblich und süffig im Geschmack, von hoher Vergärung wenig im Charakter, auf Grund langer Lagerung ausgezeichnet durch Reife und Bekömmlichkeit, vereinigt es in sich alle guten Eigenschaften eines ersten Markenbieres. Der sahnige dauerhafte Schaum und das satte Goldgelb der Farbe erfreuen das Auge und erhöhen den Genuß. Dortmunder Hansa-Bier hat Weltruf durch Qualität.

TECHNIK *und* PRODUKTION

Westdeutsche Roheisen- und Stahlerzeugung

Das Statistische Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf, Eisen- und Stahlstatistik, gibt folgende vorläufigen Zahlen über die Produktion an Roheisen und Rohstahl im Bundesgebiet für den Monat Dezember 1952 und für das Jahr 1952 bekannt:

Roheisen: Im Monat Dezember 1952 wurden unter Verwendung inländischer und importierter Brennstoffe insgesamt 1100920 Tonnen Roheisen (1113743 Tonnen im Vormonat) gewonnen. Die produktionstägliche Leistung belief sich im Dezember mit 31 Produktionstagen auf 35514 Tonnen (37125 Tonnen im Vormonat) und lag damit um 1611 Tonnen unter dem produktionstäglichen Ergebnis des Monats November. 330000 Tonnen der vorgenannten Gesamtproduktion stammten aus dem Einsatz von Import-Brennstoffen. Im Jahre 1952 betrug die Roheisenerzeugung 12876000 Tonnen gegenüber 10697000 Tonnen im Jahre 1951, sie liegt somit um 2179000 Tonnen = 20,4 Prozent über der des Vorjahres. Die produktionstägliche Leistung erhöhte sich bei 366 Produktionstagen auf 35181 Tonnen gegenüber 29307 Tonnen im Vorjahre bei 365 Tagen. Die Entwicklung der letzten drei Jahre zeigt nachstehende Tabelle:

Roheisenerzeugung 1950	9473000 Tonnen = 100 Prozent
Roheisenerzeugung 1951	10697000 Tonnen = 113 Prozent
Roheisenerzeugung 1952	12876000 Tonnen = 136 Prozent

Rohstahl: Im Monat Dezember 1952 betrug die durch den Einsatz in- und ausländischer Brennstoffe erzeugte Rohstahlmenge (Stahlrohblöcke und Flüssigkeitsstahl für Stahlformguß) insgesamt 1333423 Tonnen (1364313 Tonnen im Vormonat). Bei 26 Arbeitstagen im Dezember wurden produktionstäglich 51286 Tonnen Rohstahl (52474 Tonnen im Vormonat) erzeugt. Am Novemberergebnis gemessen ging die produktionstägliche Leistung im Dezember um 1188 Tonnen zurück.

Die im Rahmen der vorgenannten Gesamtproduktion auf dem Einsatz von Importbrennstoffen beruhende Erzeugung belief sich auf 265000 Tonnen. Die Produktion an Rohstahl erhöhte sich im Jahre 1952 auf 15,8 Millionen Tonnen gegenüber 13,5 Millionen Tonnen im Jahre 1951. Dies bedeutet eine Steigerung um 2,3 Millionen Tonnen = 17 Prozent. Die produktionstägliche Leistung erhöhte sich bei 312,5 Produktionstagen auf 51000 Tonnen gegenüber 44000 Tonnen im Vorjahre bei 306 Produktionstagen.

Nachstehend die Entwicklung der letzten drei Jahre:

Rohstahlerzeugung 1950	12121000 Tonnen = 100 Prozent
Rohstahlerzeugung 1951	13506000 Tonnen = 111,5 Prozent
Rohstahlerzeugung 1952	15800000 Tonnen = 130 Prozent

18 Millionen Tonnen Stahl erwartet

Die Erzeugung von 15,7 Millionen Tonnen Rohstahl im vergangenen Jahr bedeute eine „unerhörte Leistung der Unternehmungsleitungen und Belegschaften“, stellt die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in einem Rückblick auf das Jahr 1952 fest. Für das Jahr 1953 werde ein weiterer Zuwachs auf 18 Millionen Tonnen erwartet. Erneuerungen, Modernisierungen und Kapazitätserweiterungen seien 1953 ebenso erforderlich wie die ausreichende Bereitstellung von Brennstoffen, Energie, Erz, Schrott und Hilfsstoffen. Das bevorstehende Jahr werde kein leichtes Jahr für die westdeutsche eisenschaffende Industrie werden, zumal da die bedenklichen Erhöhungen der Produktionskosten in Kauf genommen werden müßten und die Abnehmer mit Preissenkungen rechneten.

Das Jahr 1952 sei vor allem gekennzeichnet gewesen durch eine fühlbare Brennstoffknappheit. Nur 70 Prozent des Roheisens hätten mit heimischen Brennstoffen erzeugt werden können. Für die restlichen 30 Prozent sei amerikanische Kohle erforderlich gewesen. Der Einfuhr amerikanischer Kohle werde auch weiterhin eine erhebliche Bedeutung zukommen. Die Wirtschaftsvereinigung weist darauf hin, daß „mit allem Nachdruck ein Ausgleich der beiden einzelnen Montan-Union-Ländern etwa bestehenden Unterschiede im Verbrauchsanteil der amerikanischen Kohle anzustreben“ sei. Keine Gruppe könne diese Forderung mit größerem Recht geltend machen als die deutschen Hüttenwerke, die „größtenteils in unmittelbarer Nachbarschaft der Zechen gelegen, den Widersinn der Hin- und Hertransporte und deren Kostspieligkeit ständig vor Augen sehen“. Für eine ausreichende Koks- und Gasversorgung der Hütten muß nach Mitteilung der Wirtschaftsvereinigung die Kokereikapazität erweitert und modernisiert werden.

Stahlbau-Umsatz

Der Gesamtumsatz des Stahlbaues stieg 1952 auf 705 (i. V. 567) Mill. DM. Im Export wurden 1952 Aufträge über 81 (50,5) Mill. DM ausgeführt, fast so viel, wie bisher insgesamt seit der Währungsreform (rd. 100 Mill. DM). Im Exportgeschäft sinken aber die Auftragseingänge merklich.

Die Reparations-Milliarden

Die von der Bundesrepublik aufgebrauchten Reparationsleistungen werden wie folgt geschätzt: Demontagen, Restitutions- und Schiffsablieferungen 6 Mrd. Mark, entnommenes geistiges Eigentum 11 bis 12 Mrd. Mark, entzogenes Auslandsvermögen 15 bis 20 Mrd. Mark. Dabei sind die Zeitwerte im Augenblick des Vermögensverlustes zugrunde gelegt.

Die Hälfte des Exports

Im Jahre 1952 wurden insgesamt 12,8 Millionen Tonnen Steinkohle und Koks, besonders aus den USA, nach Westdeutschland eingeführt, das sind rund 2,5 Millionen Tonnen mehr als 1951. Der Export betrug 24,8 Millionen Tonnen, 300000 Tonnen weniger als 1951.

Die Kohle im Energiehaushalt der Bundesrepublik

Der Anteil der Kohle an der gesamten Energiedarbietung in der Bundesrepublik belief sich 1952 auf rund 92 v. H. Auf die Steinkohle entfielen dabei rund 77,5 v. H., auf die Braunkohle 14,8 v. H.

Die flüssigen Brennstoffe (einschließlich Erdgas) spielen in der Bundesrepublik nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch ist eine Steigerung des Anteils dieser Energieträger an der gesamten Energiedarbietung auch in der Bundesrepublik festzustellen, und zwar von etwa 3 v. H. im Jahre 1930 auf etwa 4,8 v. H. im Jahre 1952.

Mehr Walzwerkserzeugnisse aus Frankreich

Nach dem deutsch-französischen Handelsabkommen vom 27. Januar ist die Einfuhr von Walzwerkserzeugnissen für das laufende Halbjahr um 8 Millionen Dollar heraufgesetzt worden.

Landwirtschaftsmaschinen-Industrie auf Vorkriegsstand

Die deutsche Landmaschinenindustrie hat im Jahre 1951 für über eine Milliarde DM landwirtschaftliche Maschinen hergestellt. Davon wurden für rd. 750 Mill. DM im Bundesgebiet verkauft. Die deutsche Landmaschinenindustrie hat wieder den Vorkriegsstand erreicht und ist auf dem besten Wege, ihre alte Weltgeltung im Export wieder zu erringen. Neben der Entwicklung der Landmaschinenindustrie ist auch die landwirtschaftliche Maschinenforschung dank der Marshallplanhilfe wieder in Gang gekommen. Es besteht die Notwendigkeit, das Landvolk in noch viel größerem Maße über die Möglichkeiten einer rationellen Technisierung aufzuklären.

BLICK IN DIE PRESSE



Das westeuropäische Volkseinkommen

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Neue Zürcher Zeitung“ eine Abhandlung, in der sich das Blatt mit dem Jahresbericht der Organisation für Europäische Zusammenarbeit befaßt. Es heißt dort:

„So hatte beispielsweise im Jahre 1948 das Nationalprodukt in Westdeutschland und Österreich noch lange nicht den Vorkriegsstand wiedererreicht. Erst im Jahre 1952 vermochten Westdeutschland und Österreich den Vorkriegsstand leicht zu übertreffen; in der Schweiz, Frankreich, Großbritannien, der Türkei, Italien und Irland überschritt im gleichen Jahr die Zunahme gegenüber 1938 20 v. H., in Holland und Dänemark 30 v. H. und in Norwegen 40 v. H.“

Bessere Ertragslage — höhere Dividenden

Von 1180 Aktiengesellschaften haben 542 Unternehmen für 1951 keine Dividende ausgeschüttet. 112 Gesellschaften haben ihre Dividendenzahlung wiederaufgenommen und ebenfalls 112 Gesellschaften ihren Dividendensatz erhöht. 33 Gesellschaften haben ihre Dividendenzahlungen einstellen müssen, und weitere 23 Gesellschaften haben den Dividendensatz ermäßigt. Im einzelnen schneidet verhältnismäßig am günstigsten die Eisenindustrie ab. Über dem Durchschnitt der Wiederaufnahmen liegen außerdem der Maschinenbau und die chemische Industrie. Auch die Brauereien liegen hinsichtlich der Dividendenaufnahmen in der Spitzengruppe. Hinsichtlich der Dividendensteigerungen zeichnet sich die Metallindustrie besonders aus, während die elektrotechnische Industrie nur etwa auf dem Durchschnitt liegt. Das gleiche trifft für den Bergbau zu.

(Neue Zeitung)

Ohne Import-Kohle geht es nicht

Im Jahre 1952 haben die Montan-Union-Länder 22,3 Millionen Tonnen Kohle eingeführt, 4,5 Millionen Tonnen Kohle ausgeführt. Bei einer geplanten 5prozentigen Erhöhung der Industrieproduktion werden 1953 in „Montan-Europa“ 267,3 Millionen Tonnen Kohle benötigt. Um auf fremde Einfuhren zu verzichten, müßte also die gemeinsame Förderung um 31,4 Millionen Tonnen Kohle anwachsen. Hierzu kommen noch Bezugswünsche Skandinaviens, Österreichs und der Schweiz mit etwa 2,6 Millionen Tonnen im Jahr. Das ergibt einen Ge-

samtbedarf von 34 Millionen Tonnen Kohle, also 13 Prozent mehr, als gegenwärtig gefördert werden. In den Montanländern sind in diesem Jahr höchstens 249 Millionen Tonnen Steinkohle zu erwarten. Der westdeutsche Voranschlag von 129 Millionen wird wahrscheinlich nicht erreicht werden. Auch die belgische Förderung wird etwas absinken. Das entstandene Defizit ist von den übrigen Ländern kaum zu decken, so daß höhere, vor allem von Westdeutschland zu übernehmende Einfuhrmengen notwendig werden.

(Europreß)

Haß

„Die Deutschen sind eine größere Gefahr für den Weltfrieden als selbst die Sowjetunion... Der einzige Unterschied zwischen den Deutschen vor dreißig Jahren und denen von heute liegt darin, daß letztere für zwei statt für eine Niederlage Rache zu nehmen haben... Man soll Ruhr- und Saargebiet unter internationale Kontrolle stellen und den Deutschen nur solche Waffen in die Hand geben, die ihnen nach Ansicht der friedliebenden Völker anvertraut werden können... Niemand wird wohl ernsthaft behaupten, daß die Deutschen von heute, die vor einigen Jahren in ihrer Mehrheit Adolf Hitler enthusiastisch unterstützten, weniger „verruht“ sind als ihre Väter, von denen eine kleinere Mehrheit nicht weniger enthusiastisch die Hohenzollern unterstützte.“ Diese Zeilen sind nicht etwa 1945/46 geschrieben worden, sondern sie sind im neuesten Heft der konservativen britischen Zeitschrift „The National and English Review“ zu lesen. Als Verfasser dieses anachronistischen Morgenthau-Gesanges zeichnet Viscount Norwich, der, als er noch seinen bürgerlichen Namen Duff Cooper trug, als Politiker weit über Englands Grenzen hinaus bekannt war. Diese Tatsache allein zwingt dazu, seine Ausführungen niedriger zu hängen, statt sie einer verzeihenden Nichtbeachtung preiszugeben...

(Weser-Kurier, Bremen)

Ein entscheidender Faktor

Die „New York Times“ schreibt in einem Artikel zur Beilegung des Arbeitszeitkonfliktes im deutschen Bergbau: „Der Sieg des Bergarbeiterverbandes stellt unter Beweis, daß die organisierte Arbeiterschaft sich als entscheidender Faktor bei der Stabilisierung der sozialen Ordnung gegen ihre Gegner von der extremen Rechten und von kommunistischer Seite durchgesetzt hat. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die schaffenden Massen offenbar noch stets eine unbekannte Größe in der sich vollziehenden Umgruppierung der politischen Kräfte bilden. Von der Haltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird das Schicksal der Regierung Adenauer abhängen. Getreu seiner Tradition beharrte der deutsche Gewerkschaftsbund in seiner neutralen Haltung, nachdem die Bundesrepublik am 7. 9. 1949 gegründet

war. Diese Neutralität ist um so bemerkenswerter, da in der Führung des DGB Mitglieder der oppositionellen SPD vertreten sind. Die Tatsache, daß die organisierte Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit noch stets einen nur geringen Anteil an dem politischen Geschehen nimmt, muß allerdings als ein Nachteil der bestehenden sozialen Ordnung vermerkt werden. In dieser Hinsicht ist der Sieg der IG Bergbau als ein Vorgang von außerordentlicher Bedeutung zu bewerten, der zwangsläufig psychologische Auswirkungen zeitigen wird, die in ihrer Tragweite noch nicht zu übersehen sind. Die unter Streikdrohung bewirkte Durchsetzung ihrer Forderungen für einen der wichtigsten Industriezweige der deutschen Wirtschaft muß daher als Meilenstein der westdeutschen Nachkriegs-Sozialpolitik betrachtet werden. Dieser Erfolg kann wegweisend für die weitere Gestaltung der Gewerkschaftsbewegung sein. Bedeutung und Umfang des Problems ergeben sich aus dem Umstand, daß sich jetzt 6 Millionen organisierter westdeutscher Arbeiter ihrer Verantwortung für den Schutz der sozialen Ordnung bewußt sind. Diese gewerkschaftlich organisierten Massen stellen eine wirksame Kraft gegen die Umtriebe des von Moskau gelenkten Kommunismus und der nationalsozialistischen Desperados dar. Man weiß, daß Bundeskanzler Adenauer sich bei den letzten Arbeitszeitverhandlungen in Bonn für die Forderungen der IG Bergbau eingesetzt hat, um einen dramatischen Arbeits-Konflikt von katastrophalen Auswirkungen auf die gesamte deutsche Wirtschaft zu verhindern. Adenauers Intervention ist um so bemerkenswerter, als seine Beziehungen zu konservativen Banken- und Industriellenkreisen bekannt sind.“

Zuerst Anerkennung

Gerhard Matthäus in der „Zeit“: Ohne zu verkennen, daß in den USA vieles anders gelagert sein mag, erscheint mir doch folgende Darstellung von Bedeutung, die ich dem 1945 erschienenen Buch „Make the most of your life“ von Douglas E. Lorton entnehme: „Folgende überraschende Ergebnisse brachte eine in den gesamten USA unternommene Befragung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welchen Rang sie den acht folgenden moralischen Faktoren für die Arbeitsleistung zuerkennen (Ziffer 1 = Höchststrang):

Faktoren:	Arbeitnehmer:	Arbeitgeber:
Anerkennung der Arbeit	1	7
Interessante Arbeit	2	3
Angemessene Bezahlung	3	1
Verständnis u. Lob	4	5
Rat in persönlichen Angelegenheiten	5	8
Aufstieg nach Verdienst	6	4
Außere Arbeitsbedingungen	7	6
Gesicherter Arbeitsplatz	8	2...

Das interessiert die Frau

Mein Kind will nicht essen!

Das ist wohl die häufigste Klage, mit der die Eltern zum Arzt kommen. In den meisten Fällen muß man dann die Eltern „enttäuschen“ und sagen: Ihr Kind ist gesund. Oft hören das die Eltern nicht gern, und sie werden noch trauriger, wenn man hinzufügt: Sie selbst haben ihrem Kinde den Appetit verdorben.

Wie kann das nur angehen? fragen sie dann.

Nun, da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Vielleicht war das Kind wirklich vor kurzem einmal krank. Kranke Menschen haben meist keinen Appetit. Während der Fieberzeit zehrt der Körper eher vom Bestand, als daß er seine Kraft für die Verdauungsarbeit verwendet. Die Kranken möchten nur viel trinken. Einige Trinktage mit frischem Fruchtsaft, ausreichend gesüßt, erleichtern das Krankheitslager. Auch Obst wird lieber genommen als andere feste Nahrung.

Dieses weiß eigentlich jeder. Wenig verbreitet ist dagegen die Tatsache, daß auch nach der Krankheit, in der Zeit der Genesung, der Appetit vorerst noch fehlt. Dieser Zustand kann einige Tage, manchmal sogar einige Wochen andauern. Der Körper sammelt sich erst, Verdauungsarbeit ist ihm noch nicht erwünscht. Auch in dieser Zeit soll man dem Kinde nichts mit Gewalt einzwängen; bald kommen die Tage, in denen der Erholende mehr zu essen wünscht, als man manchmal herbeischaffen kann. Man soll dem Kinde während der Krankheit und der Erholungszeit nicht mit der ständigen Quälerei — nun iß doch endlich — zur Last fallen.

Aber gilt ähnliches nicht auch für das gesunde Kind? Für uns Erwachsene erscheint vielfach das Essen als eine Lust. Je größer die Feier, um so größer die Platten. Für viele Kinder dagegen bedeutet das Essen nichts anderes als eine Art Zwangsarbeit. Schon vor der Mahlzeit denken sie mit Grauen daran. Und dann beginnt das Würgen und Schimpfen, das Ermahnen, das Strafen, das Quälen und Weinen. Und zum Schluß ist das Essen kalt. Kind und Eltern sind erschöpft, und jeder denkt mit Schrecken an die nächste Mahlzeit.

„Warum denken sie nie an uns?“

„Meine Familie ist nicht sehr groß“, schreibt eine Leserin der sowjetischen Gewerkschaftszeitung „Trud“, „mein Mann ist Werkmeister, meine kleine Tochter besucht die Kinderschule, mein Junge studiert in Moskau Ingenieurwissenschaften, zwei kleine Nichten wohnen bei uns. Solch eine Familie macht doch viel Arbeit, und nachts denke ich immer vor dem Einschlafen, wie angenehm es doch wäre, wenn man ein bißchen mehr an die Hausfrauen denken wollte. Für die Wäsche z. B. muß ich zwei volle Tage opfern, und es wäre wunderbar, wenn es Waschmaschinen gäbe... Aber an Maschinen, die der Hausfrau das Leben leichter machen, ist völliger Mangel. Warum gibt es bei uns keine Waschmaschinen, Kühlschränke und Staubsauger?

Ein beschädigtes oder verbrauchtes Stück, ein Möbel z. B., zu ersetzen, ist fast unmöglich. Nicht besser ist es mit der Ernährung. Bei Tisch fragen mich meine Angehörigen oft, ob ich nicht aus Resten ein Gericht bereiten könnte. Ich möchte es wohl, wenn ich nur wüßte wie? In unserer kleinen Stadt von mehreren tausend Einwohnern gibt es ein Exemplar des Buches „Gute Küche und gesunde Ernährung“. Irgendeiner hat es fertiggebracht, dieses Buch zu erwerben; es macht jetzt die Runde durch die Stadt. Ein solches Buch müßte in jedem Haushalt anzutreffen sein, denn die Familie, die es hat, kann es nicht immer herleihen. In unserem Viertel hat jemand einen Radioapparat. Dort kann man gute Ratschläge für die Kolchosbauern, für die Pioniere, für alle Welt hören, nur nicht für die Hausfrau. Ich weiß wohl, daß unsere Regierung und unsere Partei viele Dinge tun, aber warum denken sie nie an uns?“

— Das hat mit „politischer Stimmungsmache“ nichts zu tun — es ist ja eine Veröffentlichung aus einer der bekanntesten sowjetischen Zeitungen. Es soll auch nicht sagen: „Wie gut haben wir Hausfrauen es demgegenüber hier im Westen!“ Das wäre billig. Es soll — und dafür veröffentlichen wir es — unsere Erfinder und Werke anregen, zur Erleichterung der Hausfrau noch mehr zu tun, weil noch viel getan werden kann.

„Der ideale Gatte“

Die französische Frauenorganisation hat eine Umfrage nach dem „idealen Mann“ veranstaltet. Das Ergebnis: 10 Prozent der Frauen wünschen sich Intellektuelle, 68 Prozent reiche Kaufleute, 20 Prozent Beamte und „pünktliche Angestellte“ und 2 Prozent „eifersüchtige Ehepartner“. — „Der ideale Mann“, meinte die Präsidentin der Organisation, als ihr das obige Ergebnis mitgeteilt wurde, „ist der, der am Abend der Hochzeit stirbt!“ — Ein möglichst lukratives Testament wird stillschweigend vorausgesetzt.

Sachen gibt's!

Einen ebenso unerwarteten wie unangenehmen Verlauf nahm ein Flirt, den ein Lausanner Kaufmann in Nizza anzuknüpfen versuchte. Er war zu nächtlicher Stunde auf der Promenade des Anglais einer entzückenden jungen Dame nachgestiegen und auch dann nicht von seinem Opfer gewichen, als die Verfolgte eine immer schnellere Gangart anschlug. Aus diesem Wettrennen ging er schließlich als Sieger hervor. Die Bedauernswerte, die erschöpft stehen bleiben mußte, wurde von ihrem galanten Verfolger mit allerlei pikanten Anträgen und Komplimenten überschüttet, bis er plötzlich die überraschende Feststellung machen mußte, daß er — seine eigene Frau belästigt hatte. Begreiflicherweise versuchte er nun, die ganze Sache als einen Witz hinzustellen, aber die humorlose Frau Gemahlin lief zornsprühend zum Scheidungsanwalt. Die Richter von Lausanne werden nun über die merkwürdige Frage zu entscheiden haben „Darf man seine eigene Frau ansprechen?“ — Entweder war unser Kaufmann noch in den frühesten Flitterwochen oder er hatte einen Steinhäger im Auge.

Mehr Tatsachenberichte!

Wissen Sie, man weiß ja viel zu wenig und interessiert sich doch für vieles sehr.

Nicht wahr, man wüßte gern: was macht so'n König, ist er erst einmal keiner mehr?

Man wüßte gern, was Generäle denken, bevor und wenn sie Schlachten lenken, ob Filmstars Liebeskummer kennen und ihre Männer „Putzi“ nennen.

Man wüßte gern, ob Dichter auch so sind,

wie was sie schreiben; ob auch schon als Kind

der große Mann so schmale Lippen hatte

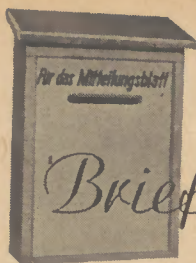
und seine Schultern echt sind oder Watte.

Man muß als Publikum darauf bestehen, die Leute, die was sind, genau zu sehn, und man muß immer wieder darauf dringen, daß uns die Illustrierten auch was bringen.

Und übrigens möchte man endlich mal lesen:

„Ist Hitler wirklich ein Nazi gewesen?“

Gerhard Hölther



Unser Briefkasten

W. B., Blechwalzwerk:

Ich wurde im März 1945 total ausgebombt. Ich habe damals vom Schadensamt 2000,— RM als Vorschuß erhalten. Seit Mitte 1951 bin ich geschieden. Meine frühere Frau hat Hausratsentschädigung beantragt. Ihr gehörte der Hausrat nicht. Was kann ich beanspruchen? Wie wird der damals erhaltene Vorschuß berechnet?

Es ist sicherlich so, daß der Hausrat ganz oder mindestens überwiegend in der Ehe angeschafft wurde. Ihre geschiedene Frau konnte den Antrag stellen, denn als Geschädigte gelten, wenn der Hausratsverlust in gemeinsamem Haushalt lebender Ehegatten entstanden ist, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse beide Ehegatten. Die Hausratsentschädigung wird demjenigen der beiden Ehegatten gewährt, für den der Hausratsverlust festgestellt worden ist. Lebten die Ehegatten am 1. April 1952 getrennt oder waren sie — wie in Ihrem Falle — geschieden, so kann jeder der Ehegatten die Hälfte der Hausratsentschädigung beanspruchen, es sei denn, daß einer der Ehegatten nachweist, daß er allein Eigentümer des verlorenen Hausrats war. Wer von beiden Ehegatten das Feststellungsverfahren betreibt, ist gleichgültig, jedoch kann nur ein Antrag gestellt werden. Die Entschädigungszahlung in RM wird in Höhe von 10 vom Hundert — in Ihrem Falle also in Höhe von 200 DM — auf den Anspruch auf Hausratsentschädigung angerechnet.

H. Pr., Masch.-Abt.:

„Auf die Dauer“ wäre das „Ziehen“ in der Waschkaue der Schwellenschweißerei untragbar. Sie hätten also recht — wenn die Waschkaue nicht z. Z. umgebaut würde, was Sie offenbar übersahen. In Kürze ist also auch hier alles in Ordnung. Sie sehen, daß wir den einfacheren Weg gewählt und uns unmittelbar mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt haben.

E. U., Hauptverwaltung:

Die Nordseite unseres Verwaltungsgebäudes erfreut sich bei allen Belegschaftsmitgliedern größter Beliebtheit. Täglich werden von den dort vorbeifahrenden Schmalspurloks sogenannte Flötenkonzerte veranstaltet, die ein großes Können aufweisen, denn man spielt sogar einige Liedchen, wie z. B. „Du bist ver... mein Kind“ usw. Eine kleine grüne Insel

findet man dort auch, die ein ruhen-der Punkt für das Auge sein soll. Aber diese kleine Insel ist ein Wunder der Natur, denn statt mit Rasen, ist diese mit Papier übersät.

Erfreulich wäre es nun, wenn die Loks ihre Flötenkonzerte auf ein Minimum beschränken wollten und auf der Wiese statt Papier einmal Rasen und ein paar Blumen wachsen würden. Viele Belegschaftsmitglieder würden dafür dankbar sein.

H. R., Hochofen:

Woher kommt der Ausdruck „blauen Montag machen“ und woher stammt er?

Blauen Montag machen — das heißt, den Montag untätig hinführen, ohne zu arbeiten. Der Ausdruck „blau“ geht darauf zurück, daß am Montag vor Aschermittwoch der Altar in den Kirchen blau bekleidet wurde. Da nun aber an diesem Montag gefeiert wurde, so hieß er auch „blauer Montag“. Und weil er ein Tag ausgelassener Freude und großer Schmausereien war, nannte man ihn auch „unsinnigen“ oder „Freßmontag“ oder auch „rasenden Montag“, woraus das noch jetzt übliche Fest des Rosenmontags hervorgegangen ist.

R. H., Verwaltung:

Es ist für uns mitarbeitende Ehefrauen bitter, daß beabsichtigt ist, das Arbeits-einkommen der Ehefrau aus der Beschäftigung in einem dem Ehemann fremden Betrieb der gemeinsamen Veranlagung zu unterwerfen. Der Bundesfinanzminister hat es in seiner Etatrede so dargestellt, als ob er nur eine Maßnahme der Nationalsozialisten korrigiere, die 1941 erfolgt sei, um die Frauen in die Munitionsfabriken zu bringen. Der Bundesfinanzminister hätte das nicht sagen sollen. Die selbständige Besteuerung des Arbeitseinkommens der Ehefrau ist 1921 eingeführt worden. Erst der Nationalsozialismus hat sie 1934 abgeschafft, um sie 1941 wieder einzuführen. Wie in den Ausschlußberichten aus den Jahren 1921 nachzulesen ist, hat man seinerzeit die selbständige Besteuerung des Arbeitseinkommens eingeführt, weil man die Zusammenveranlagung als Ungerechtigkeit ansah. Auch der Bundesfinanzminister hat für seinen Plan die Gerechtigkeit angerufen. Es hätte ihn bedenklich machen müssen, daß sein Gerechtigkeitsempfinden mit der Regelung des Gesetzgebers von 1934 übereinstimmt, während seit 1921 die Regelung nicht gegolten hatte, weil sie als Ungerechtigkeit angesehen worden war. Sicher hat der Bundesfinanzminister andere Motive als der Gesetzgeber von 1934. Wir unterstellen auch, daß er das Problem so ansieht, wie er es erklärt hat. Der Bundestag wird aber nicht umhin können, bei seiner Wertung nicht nur die Änderung von 1941, sondern die Entwicklung seit 1921 in Betracht zu ziehen. Getroffen würden durch die Zusammenveranlagung vor allem die jungen

Ehen, bei denen die Ehefrau mitarbeitet und mitarbeiten muß, damit erst einmal ein Hausstand geschaffen werden kann. Notwendiges Ergebnis der Zusammenveranlagung wäre die Verzögerung der Eheschließungen einerseits und das Anwachsen der Onkel-Ehen andererseits.

A. W., Verwaltung:

In einem beruiskundlichen Aufsatz lautet der erste Satz: „Eine große Anzahl von Papieren dient dazu, Bilder und Schriftzeichen, die ihrem Wesen nach auch nichts anderes sind wie Bilder, aufzunehmen, um dadurch zu ermöglichen, die mit den Bildzeichen verbundenen Vorstellungen anderen zu übermitteln oder sie sich selbst beliebig oft ins Gedächtnis zurückzurufen.“ Einige unter uns halten „wie“ für falsch und behaupten, es müsse „als“ heißen. Was ist nun richtig?

Bei Vergleichen mit den unbestimmten Fürwörtern nichts, niemand, etwas und anderen Wörtern in Verbindung mit anderes und anders (nichts anderes, niemand anders) folgt stets als (nicht: wie): nichts anderes als ..., etwas Schöneres als ..., niemand anders als ... In der 13. Auflage des Duden heißt es unter dem Stichwort „anders“: anders als ... (nicht: anders wie). Richtig ist somit: „... die ihrem Wesen nach auch nichts anderes sind als Bilder...“ Bei dieser Gelegenheit sei noch auf die falsche Anwendung der Form „als wie“ hingewiesen. Richtig ist nur: er ist tüchtiger, als man denkt (falsch: er ist tüchtiger, als wie man denkt).

Unfall!

Zu der Menschheit bitterstem Leid Gehört der Unfall alle Zeit.

Drum: Kampf dem Unfall, der Gefahr, Überall und immerdar.

Peter Krämer
Maschinen-Abteilung II

Ein neues

Wohnungsbauvorhaben

Wir beabsichtigen, ein Wohnungsbauvorhaben in Dortmund, Lützowstraße, durchzuführen. Es ist vorgesehen, mit dem Aufbau im Frühjahr 1953 zu beginnen, so daß die Wohnungen im Spätsommer oder Herbst bezugsfertig sein werden. Die Wohnungen enthalten zwei Zimmer und Kochküche sowie Baderaum.

Bedingung zur Erlangung einer solchen Wohnung ist die Einzahlung eines Genossenschaftsanteiles in Höhe von 600 DM.

Belegschaftsmitglieder, die sich für eine solche Wohnung interessieren, können sich jetzt schon bei der Abteilung Wohnstätten, Zimmer 7, melden.

Truhen und Schränke

Aus edlen Hölzern gearbeitet und zweckmäßig durchdacht, bietet die moderne Möbelindustrie uns heute zur Einrichtung eines Hauses alles Notwendige auf dem Präsentierteller an. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, daß wir morgens eine Wohnungseinrichtung aus einem Schaufenster kaufen, mit der wir uns abends bereits im eigenen Heim eingerichtet haben. Es kommt uns dabei wohl kaum der Gedanke, daß diese Möbelstücke erst aus einer jahrhundertealten Entwicklung entstanden sind. Die frühesten, auf uns überkommenen Stücke stammen mit wenigen Ausnahmen aus dem 13. Jahrhundert. Da sie meist kirchlichen Ursprungs sind, kann man nur aus ihnen und aus der präzisen Malerei jener Zeit

den Stil der damaligen Hausmöbel vermuten. Zu jenen sogenannten Kastenmöbeln aus der frühen Zeit gehört die Truhe, der vor allem die Funktionen eines Schrankes zugeordnet waren. Die Braut legte ihren Brautschatz in die Brauttruhe, die Hausfrau hütete darin ihren gesamten handgewebten Leinenvorrat. Betrachtet man in Museen oder Privathäusern dieses oder jenes erhaltene Stück, so fällt einem bei aller Ähnlichkeit in der Grundform außer der Verschiedenartigkeit der Ornamente auch die ständig abgewandelte Konstruktion auf. Da ist zunächst die romanische Stollentruhe aus dem 13. Jahrhundert. Sie besteht aus derben Bohlen und den Standstollen an den vier Ecken, die vom oberen Rand nach unten durchgeführt sind und die Füße ersetzen, oft bunt bemalt, mit Figuren und Bandornamenten. Gegen Ende der romanischen Stilzeit übernahmen die Reliefschnitzer die ornamentale Gestaltung und ließen mit Bandverschlingungen, Drachen und anderem Ungezieher ihrer Phantasie weiten Spielraum.

Aus der Zeit um 1400 sind auf uns Truhen überkommen, eng mit Eisenbändern beschlagen, die das Reißen der Bohlen verhindern sollten, aber gleichzeitig in ihrer Anordnung und regelmäßigen Wiederholung sehr schmuckhaft wirken. Aus dieser Zeit stammen auch die viel anspruchsvolleren gotischen Truhen mit ihren herrlichen, strenglinigen Maßwerkschnitzereien. Die Truhe, oft rot gestrichen und ver-

goldet, wird jetzt erstmalig von Füßen getragen. Von dieser Neuerung ist der Weg nicht weit zum selbständigen Untergestell. Schon im 15. Jahrhundert finden wir in Deutschland den halbhohen Schrank. Hierbei liegt die Vermutung nahe, daß auch der zwei- oder dreistöckige Schrank der Gotik sich aus der Truhe entwickelt hat. Da aber im 13. Jahrhundert schon der sogenannte Giebelschrank mit einem dachförmigen Aufbau geschaffen wurde, der mit der Truhenform nichts mehr gemeinsam hatte, dürfte diese Annahme nur teilweise berechtigt sein.

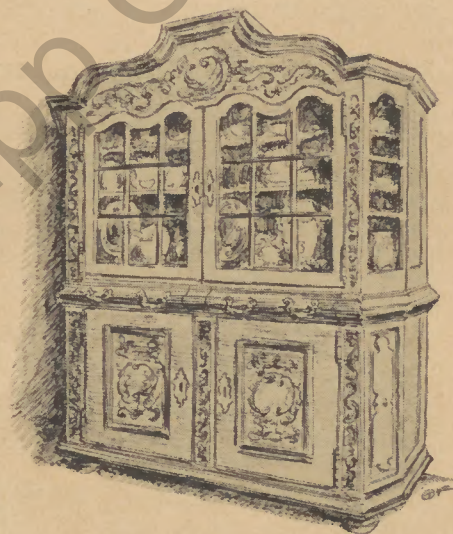
Das dicke Mauerwerk des Mittelalters bot immer Gelegenheit zur Aussparung von Nischen, in welche hölzerne Schränke eingelassen wurden. Die

Schrankfront entsprach hier aber mehr einer geschmückten Türwand. Einen veränderten Stil bringt das 16. und 17. Jahrhundert. Der wuchtige Schrank steht auf einem schweren Untergestell, und dieser wiederum ruht auf kräftigen gedrechselten Füßen. Es blieb der Renaissance vorbehalten, bei der Formgebung der Schränke die Konstruktion, die Zusammenfügung der verschiedenen Glieder und flachen Füllstücke, zu betonen. Die Schränke sind nunmehr mit zwei Türen versehen. Man begann nun, die Kleider nicht mehr hineinzulegen, sondern sie aufzuhängen. Bei den Kastenmöbeln verschwindet um 1800 die Truhe und wird durch die zweckmäßigere Kommode ersetzt. Aus der Zeit des Barocks mit seiner schwungvollen Formgebung und seiner bewegten Linienführung ist heute noch mancher schöne Schrank erhalten geblieben, wie der sogenannte Glaserschapp (siehe Abbildung). Wir begegnen den verschiedenartigsten polierten Hölzern, auch kostbaren Einlegearbeiten, die zu einer besonderen Kunst entwickelt wurden.

Aber etwas haben diese Möbelstücke aus den alten Stilepochen gemeinsam, etwas, was die eleganten Fabrikmöbel unserer Zeit nicht ersetzen können. Sie sind liebevolle handwerkliche Arbeiten, und jedes Stück atmet den Geist dessen, der es geschaffen hat, sei es ein bescheidener Schreiner auf dem Lande oder ein großer Künstler am fürstlichen Hofe.



Truhe von 1729, Schwelm, Heimatmuseum



Glaserschapp aus Privatbesitz Wetter

Aber etwas haben diese Möbelstücke aus den alten Stilepochen gemeinsam, etwas, was die eleganten Fabrikmöbel unserer Zeit nicht ersetzen können. Sie sind liebevolle handwerkliche Arbeiten, und jedes Stück atmet den Geist dessen, der es geschaffen hat, sei es ein bescheidener Schreiner auf dem Lande oder ein großer Künstler am fürstlichen Hofe.

Ein Gewerkschaftler sieht Amerika

Otto Stolz, der stellvertretende Chefredakteur des Organs des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Welt der Arbeit“, ist in den vergangenen sechs Wochen quer durch die Vereinigten Staaten gefahren... Kurz vor seinem Rückflug nach Frankfurt machte er noch einmal in Washington halt und erzählte von seinen Eindrücken... „Der amerikanische Kapitalismus ist kein Kapitalismus im marxistischen Sinne“, faßte er seine Beobachtungen zusammen, „es ist ein gebändigter Kapitalismus oder, besser gesagt, eine Wirtschaftsform, die es in Europa nicht gibt. Sie hat dazu geführt, daß sich in Amerika eine klassenlose Gesellschaft entwickelt. Sie erklärt auch, weshalb in den Vereinigten Staaten keine eigene Arbeiterpartei von Bedeutung entstanden ist, und sie erklärt die Unterschiede zwischen dem amerikanischen Gewerkschaftswesen und dem deutschen.“

Stolz erblickt diesen Unterschied im wesentlichen darin, daß in Deutschland, wo die Gewerkschaften ursprünglich politische Organisationen waren, das Verhältnis des Arbeiters zu seiner gewerkschaftlichen Organisation auf starken weltanschaulichen und politischen Bindungen beruht, während die Bindung in Amerika im wesentlichen eine berufliche sei. Entsprechend ihrer verschiedenen historischen Entwicklung sind die amerikanischen Gewerkschaften zu Berufsvertretungen geworden, die allerdings einen ganz gewaltigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben haben. Das in Deutschland so umstrittene Mitbestimmungsrecht findet Stolz in Amerika „zu einem weitgehenden Maße verwirklicht, wenn auch niemand diesen Namen gebraucht“. Die Gewerkschaften beeinflussen nach Stolz' Meinung nicht nur Arbeitslöhne und -bedingungen, sondern auch Personalfragen, Preispolitik und Produktionsmethoden. Er führt als Beispiel die „Ladies Garment Workers“, die Gewerkschaft der Arbeiter in der Damenbekleidungsindustrie an, die in Fällen von Arbeitskonflikten ihre Buchprüfer und Betriebswissenschaftler in die betreffenden Fabriken entsendet, um auf Grund der Empfehlungen dieser Fachleute in Verhandlungen mit den Unternehmern sowohl die Löhne festzusetzen als auch unter Umständen Neuorganisationen und Rationalisierung des Betriebes zu erwirken, die dem Arbeiter angemessenes Entgelt und dem Unternehmer einen ebensolchen Gewinn gewährleisten.

Die Profitspanne findet Stolz in Amerika wesentlich geringer als in Europa, besonders in Deutschland, da sie manchmal nicht mehr als zwei bis drei v. H. beträgt. Darin und in der echten Konkurrenz liegt nach seiner Meinung das Geheimnis der amerikanischen Wirtschaft. „Die amerikanische Industrie will möglichst viele Güter für möglichst viele Menschen produzieren. Mehr Produkte für mehr Arbeitnehmer für weniger Geld — ist das allgemeine

BETRIEBS- VERTRETUNG

Vertrauensleuteversammlung

In einer Vertrauensleuteversammlung unserer Westfalenhütte mit Einschluß des Baroper Walzwerkes gab Heinrich Treichel, der Leiter der Gewerkschaftsschule „Der Heidehof“, einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes, über seine Auswirkungen und Bestimmungen.

Betriebsratsvorsitzender Gustav Schwentke berichtete über die betriebliche und soziale Entwicklung innerhalb des Werkes. Die Belegschaftszahl der Arbeiter einschließlich Lehrlinge sei von 5461 am 1. Oktober 1947 auf 10 643 am 20. Oktober 1952 gestiegen. Unter Einschluß der Angestellten und Unternehmerarbeiter seien 13 688 Tätige auf dem Werk beschäftigt gewesen. Die Zahl habe sich seitdem noch leicht erhöht. Die Arbeiterbelegschaft habe sich wie folgt verteilt: in der Produktion Tätige 63,97 Prozent, bei der Erhaltung der Werksanlagen beschäftigt 21,43 Prozent, in allgemeinen Diensten tätig 11,11 Prozent, Anzahl der Lehrlinge 3,49 Prozent.

Der Altersaufbau der Belegschaft habe sich zwar in der jüngsten Zeit leicht gebessert, er sei aber gegenüber den Vorkriegszeiten immer noch unbefriedigend. 1936 seien in der Jugendklasse (14—24 Jahre) 12,4 Prozent gegenüber 1952 mit 21,4 Prozent beschäftigt gewesen; in der Mittelklasse (25—49 Jahre) betrug 1936 das Prozentverhältnis 72,5 gegenüber 1952 51,4 Prozent; in der Altersklasse (50 Jahre und älter) seien 1952 27,2 Prozent gegenüber 1936 mit 15,1 Prozent tätig gewesen. Es werde noch geraume Zeit dauern, bis ein gesunder Altersaufbau erreicht sei. Der Nachwuchs an Handwerkern dürfte für die Zukunft gesichert sein, da durch den großzügigen Neubau der Lehrwerkstatt eine größere Basis für die Ausbildung von Lehrlingen geschaffen werde.

Für die erholungsbedürftigen Werksangehörigen seien weitgehendere Erholungsmöglichkeiten und Kuraufenthalte geschaffen. Pensionen seien wie bisher im Münsterland und Sauerland, aber erstmalig auch im Weserbergland festgelegt worden. An den Erholungsaufenthalten des vergangenen Jahres hätten 1372 Belegschaftsmitglieder teilgenommen. Für die Kindererholungsfürsorge seien im letzten Geschäftsjahr folgende Kinderheime belegt worden: Ludgeristift Nordseebad Norderney, Kindersolbad Karlshafen, Bad Rothenfelde, Kneippkinderheim Kassel-Wilhelmshöhe, Bad Salzdetfurth, Bad Soden-Allendorf, Kinderheim Zeche Radbod. In diese Heime seien im Berichtsjahr 289 Kinder entsandt worden.

Betriebsratsvorsitzender Schwentke ging ausführlich auf betriebliche Umorganisation und Investitionsvorhaben ein, über die in Kürze im Zusammenhang berichtet werden soll.

Erholungskuren für das Jahr 1953

Da auch in diesem Jahre wieder erhebliche Mittel für Erholungsaufenthalte zur Verfügung gestellt wurden, können erholungsbedürftige Belegschaftsmitglieder an einer 14tägigen Kur teilnehmen. Anträge sind unter Vorlage des Berechtigungsscheines durch die Sozialabteilung an die Unterstützungseinrichtung Westfalenhütte GmbH. zu stellen. Die Entscheidung über die Erholungsbedürftigkeit trifft in jedem Falle der Werkarzt. Die Dauer eines Erholungsaufenthaltes wird auf den Tarifurlaub angerechnet.

Weil damit zu rechnen ist, daß die Zahl der Erholungsbedürftigen größer sein wird als in den vergangenen Jahren, sind die auf dem Berechtigungsschein angegebenen Termine unbedingt einzuhalten, um die Erholungsaktion reibungslos durchzuführen.

Wir geben nachstehend die einzelnen Reisettermine und Aufenthaltsorte bekannt:

Sauerland: Nach Allendorf, Hellefeld, Berge, Olpe und Bockum

25. Februar, 11. und 25. März, 8. und 22. April, 6. und 20. Mai, 3. und 17. Juni, 1., 15. und 29. Juli, 12. und 26. August, 9. und 23. September, 7. und 21. Oktober.

Nach Reiste, Gleidorf, Niedersorpe, Bödefeld und Niedersfeld

26. Februar, 12. und 26. März, 9. und 23. April, 7. und 21. Mai, 4. und 18. Juni, 2., 15. und 30. Juli, 13. und 27. August, 10. und 24. September, 8. und 22. Oktober.

Weserbergland: Fürstenau

25. Februar, 11. und 25. März, 8. und 22. April, 6. und 20. Mai, 3. und 17. Juni, 1., 15. und 29. Juli, 12. und 26. August, 9. und 23. September, 7. und 21. Oktober.

Münsterland: Ladbergen

27. Februar, 13. und 27. März, 10. und 24. April, 8. und 22. Mai, 5. und 19. Juni, 3., 17. und 31. Juli, 14. und 28. August, 11. und 25. September, 9. und 23. Oktober.

Auskunft erteilt die Sozialabteilung (Büro für Veranstaltungen und Erholung), Dortmund, Eberhardstraße 23.

Unfälle im Monat Januar

Im Monat Januar ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 1 tödlicher und 150 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 20 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Beleg- schaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	780	15 (9)	— (—)	— (—)	15 (9)
Zementfabrik	86	2 (1)	— (—)	— (—)	2 (1)
Thomaswerk	301	8 (14)	— (—)	— (—)	8 (14)
Martinwerk	549	11 (9)	— (—)	— (—)	11 (9)
Steinfabrik	133	3 (3)	— (—)	— (—)	3 (3)
Phosphatmühle	81	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Kaliberwalzwerke	1060	14 (16)	— (—)	— (—)	14 (16)
Blechwalzwerk I/II	372	12 (10)	— (—)	— (—)	12 (10)
Werk Barop	529	23 (10)	— (—)	— (—)	23 (10)
Breitbandwalzwerk	163	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Spez.-Blechwalzwerk	154	6 (4)	— (—)	— (—)	6 (4)
Preß- und Hammerwerk	182	4 (6)	— (—)	— (—)	4 (6)
Grubenausbau	42	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Kaltwalzwerk	337	8 (6)	— (—)	— (—)	8 (6)
Drahtverfeinerung	313	5 (3)	— (—)	— (—)	5 (3)
Maschinenabteilung	1424	10 (13)	— (—)	1 (—)	11 (13)
Elektrotechn. Abt.	482	4 (3)	— (—)	— (—)	4 (3)
Mech. Werkstätten	536	4 (3)	— (—)	— (—)	4 (3)
Eisenbahnbetriebe	953	9 (15)	— (—)	— (—)	9 (15)
Baubetriebe	473	8 (9)	— (—)	— (—)	8 (9)
Fahrbetrieb	71	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Versuchsbetriebe	145	— (2)	— (—)	— (—)	— (2)
Sonstige Betriebe	362	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Lehrwerkstatt	268	2 (9)	— (—)	— (—)	2 (9)
Sozialbetriebe	304	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Hauptverw. u. Betr.-Ang.	1724	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
S u m m e	11824	150(151)	— (—)	1 (—)	151(151)
Wegeunfälle		20 (17)	— (—)	— (—)	20 (17)

Am 17. Januar 1953 verunglückte der Hilfsschlosser Bruno Lietz, 32 Jahre alt, beschäftigt in der Maschinenabteilung Hochofen, in der Trockengasreinigung tödlich. Lietz hat bei seiner Arbeit Gas eingeatmet und begab sich an die frische Luft. Als er das Geländer des östlichen Treppenaufganges erreicht hatte, wurde er wahrscheinlich ohnmächtig und stürzte durch das Geländer auf das etwa sechs Meter tiefer liegende Vordach des Ventilatorenraumes. Er zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er im Krankenhaus verstarb.

Am 23. Januar 1953 fand auf Veranlassung der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft eine Tagung der Sicherheitsingenieure und Unfallobmänner in Hörde statt. An der Tagung nahmen der Sicherheitsingenieur, der Unfallobmann und der Unfallsachbearbeiter teil.

Mit den Unfallvertrauensmännern des Werkes Barop wurde am 14. Januar eine Besprechung abgehalten.

Eine Besprechung mit den Unfallvertrauensmännern des Hüttenwerkes war leider nicht möglich, da kein geeigneter Raum zur Verfügung stand. Von der Zeitschrift „Die Unfallwehr“ wurden bisher monatlich 2000 Exemplare an die Belegschaft verteilt. Die Nachfrage war jedoch so groß, daß bei weitem nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten. Im Berichtsmonat kamen nunmehr zum ersten Male 4000 Stück zur Verteilung.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk bzw. von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft:

Ernst Erit, Blechwalzwerk I/II,
Edmund Bartecki, Kaltwalzwerk,
Fritz Schamberger, Werk Barop,
Johann Nockemann, Werk Barop.

Prinzip. In dem Bestreben, die Bedürfnisse eines jeden zu decken, berührt sich die sogenannte kapitalistische Wirtschaft Amerikas mit einem Ziel des Sozialismus ...“

Stolz ist allerdings der Meinung, daß es der amerikanische Arbeiter nicht in allen Beziehungen „besser hat“. Er findet, daß die Sozialversicherung, die in den Vereinigten Staaten ein Produkt der letzten Jahrzehnte ist, während sie in Deutschland auf eine Gesetzgebung Ende des vergangenen Jahrhunderts zurückgeht, dem deutschen Arbeiter besseren Schutz gewährt als dem amerikanischen. Dies gelte vor allem auf dem Gebiet der Altersversicherung. Allerdings sei es, so meint Stolz, dem amerikanischen Arbeiter leichter als seinem europäischen Kollegen, sich einen Spargroschen für die alten Tage beiseite zu legen oder gar ein Einfamilienhaus zu erwerben.

Neue Pflicht-Grenzen?

Bei der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes über die Erweiterung der Versicherungspflicht (Juli 1952) wurde die Frage einer Begrenzung der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine spätere Zeit vertagt. Der damals von Bundesarbeitsminister Storch angekündigte neue Entwurf liegt jetzt vor.

Sollte nach dem zurückgezogenen Regierungsentwurf die Versicherungsberechtigung bei einem Jahreseinkommen von 8400 DM (= 700 DM Monateinkommen) generell aufhören, so soll diese Begrenzung künftig nur für Ledige gelten. Für Verheiratete ist die Grenze mit 9000 DM bemessen; für jedes Kind wird eine Erhöhung um 300 DM zugestanden. Neu ist auch die Möglichkeit, daß der Versicherte innerhalb der ersten 5 Jahre nach dem durch Erreichen der genannten Grenzen bedingten Austritt aus der gesetzlichen Krankenversicherung als freiwillig Versicherter wieder zurückkehren kann, wenn sich sein Einkommen in dieser Zeit unter die in Betracht kommende Grenze ermäßigt. Es ist weiter vorgesehen, daß der Versicherte nach dem durch die erwähnten Gründe erzwungenen Ausscheiden den Selbstverwaltungsorganen der Krankenversicherung auf die Dauer einer Wahlperiode noch angehören kann.

Die Vorschrift, daß die Versicherungsberechtigung in der sozialen Krankenversicherung beim Überschreiten einer bestimmten Grenze erlischt, ist grundsätzlich in § 178 der Reichsversicherungsordnung verankert. Sie wurde aber im Jahre 1941 aufgehoben. Für die Wiedereinführung einer vernünftigen Begrenzung sind im Laufe der Jahre zahlreiche Stimmen laut geworden. Vielfach wird die auch für die Empfänger hoher Einkommen bestehende Möglichkeit, sich auf Krankenschein behandeln zu lassen, nicht für vertretbar gehalten. Es bleibt noch abzuwarten, wie der neue Entwurf in aller Kürze im Bundestag aufgenommen wird.

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder
feierten im Monat Januar 1955 ihr Dienstjubiläum

40jähriges Dienstjubiläum

Rautenberg, August	Sport- und Erholungsanlage
Schmidt, Heinrich	Elektrotechnische Abteilung
Jakubowski, Felix	Eisenbahnabteilung

25jähriges Dienstjubiläum

Lening, Hugo	Maschinenabteilung Kessel
Marienfeld, Hugo	Maschinenabteilung Hochofen
Genditzki, Friedrich	Werk Barop
Tekaart, Franz	Maschinenabteilung Stahlwerke
Wollbrecht, Josef	Eisenbahnabteilung
Schemming, Ernst	Drahtverfeinerung

König, Wilhelm	Steinfabrik
Krainsky, Franz	Eisenbahnabteilung
Hansmeier, Heinrich	Breitbandwalzwerk
Markhöfer, Heinrich	Walzwerk VIII
Stappert, Ferdinand	Werksaufsicht
Veldmann, Heinrich	Walzwerk VIII
Krispin, Johann	Maschinenabteilung Walzwerk I/III
Haemann, Bruno	Walzwerk I
Adams, Michael	Walzwerk I
Cayl, Hermann	Maschinenabteilung Walzwerk I/III
Albrecht, Julius	Stückgutschuppen
Lepthien, Eberhard	Techn. Büro/Neubauabteilung
Köhn, Hildegard	Verirachtung
Stemann, Franz	Postbüro
Hannemann, Ernst	Thomaswerk
Joost, Friedrich	Drahtwalzwerk
Kuballa, Alfred	Maschinenabteilung Walzwerk II/III

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft
wünschen nochmals alles Gute

Es kann vorkommen . . .

. . . daß man sich in seiner — manchmal so karg bemessenen — Freizeit für die Kunst interessiert. Da gibt's viel Freude und stilles Schmunzeln. Ich meine hier nicht: durch die Kunst bzw. Kunstwerke selbst; ich meine: durch die „Kenner der Kunst“. Da bieten uns die Kunstwissenschaftler immer wieder erheiternde Schauspiele. Denn immer wieder tauchen bisher unbekannte Werke auf, z. B. von van Gogh, von Vermeer, oder Fresken usw. Dann geben die Sachverständigen ihre Gutachten oder schreiben gar herrliche Bücher voller neuer Entdeckungen. Und auf einmal stellt sich — peinlicherweise durchweg erst durch ein Geständnis des Übeltäters — heraus, daß alles Fälschung ist. Dann aber beweisen alle Sachverständigen, daß es alle von Anfang an hätten merken müssen, „denn diese Fälschungen sind ziemlich plump“. Durch eine sonderbare Alchimie verwandelt sich das erst „so überaus vortreffliche Meisterwerk“, das „ein ästhetisches Erlebnis“ war, zu einem elenden Geschmier. Und dann sind alle die sachverständigen Kenner der Kunst stolz und erhaben wie eh und je. Aber es geschieht nichts.

Was würde einem Betriebschef geschehen, wenn er beispielsweise einen Hochofen bauen läßt, der bei der ersten Beschickung explodiert — wenn der Chef erklärt: das habe ich doch sofort gewußt, daß das Ding in die Luft geht? Oder einem Finanzgewaltigen, der Investitionen und Transaktionen begründet, die zum Ruin führen — das hätte doch jeder Laie erkennen müssen. . . ? Aber bei der Kunst, oje, da ist alles anders.

Wenn die Kunst einen Wert hat, so kann er nur in dem bestehen, was uns durch das Auge eingeht. Entweder beeindruckt, bildet, verwandelt uns das Erlebnis — oder es hat seinen Zweck verfehlt. Eine Wissenschaft aber fußt und resultiert aus verstandes-

DER WERKARZT SPRICHT

Wie werde ich meinen Schnupfen los?

Der Gesunde atmet gewöhnlich durch die Nase. Auch für die Erhaltung der Gesundheit ist dies äußerst wichtig. Der Luftstrom streicht bei der Einatmung über die große Fläche der Nasenschleimhaut und wird erwärmt und angefeuchtet. Zugleich wird die Luft durch die klebrige Beschaffenheit der Schleimhaut von Unreinigkeiten und krankmachenden Keimen befreit. Es gelangt so gereinigte und angefeuchtete Luft in die Atmungsorgane. Jedem ist bekannt, wie sehr erwärmte und angefeuchtete Luft für ein reizloses Atmen von Bedeutung ist. Man denke nur an kalte Winterluft oder an ganz trockene Zimmerluft, die einen starken Reiz des Atmungsapparates hervorrufen und den normalen Luftaustausch sehr beeinträchtigen können.

Diese Schutzmaßnahmen wirken nur unvollkommen, sobald der Luft eintritt durch die Nase gehemmt ist, z. B. bei Polypen, vor allem aber bei der häufigsten Durchgangsbehinderung, dem Schnupfen. Er gehört auch zu der großen Gruppe der Schleimhautentzündungen oder Katarrhe. Der gewöhnliche Schnupfen ist ein oberflächlicher Katarrh, er geht nicht in die Tiefe und zerstört nicht die Schleimhaut. Die Ursachen sind in den meisten Fällen Erkältungen. Dabei spielen Erreger eine Rolle, die durch Niesen und mit dem Atemstrom weiterverbreitet werden. Der Schnupfen kann selbständig auftreten. Wohl ist eine leichte Allgemeinstörung des Gesundheitszustandes da, der Kranke fühlt sich abgeschlagen und müde, auch tritt gelegentlich etwas Fieber auf. Aber es gibt auch Erkrankungen, für welche der Schnupfen die Einleitung ist, so z. B. Rachen- und Kehlkopfkatarrhe, auch Masern, Keuchhusten und Grippe. Tritt heftiger Kopfschmerz mit Schnupfen und hohem Fieber auf, so kann auch eine Stirnhöhlenerkrankung dahinter stecken, entsprechend bei Schmerzen im Oberkiefer eine Kieferhöhlenerkrankung. Andere Ursachen für Schnupfen sind chemische Reize, wie sie in Fabriken auftreten können.

Die Behandlung richtet sich nach der Ursache und nach der Art des Schnupfens. Schnupfen als Folge einer Erkältung erfordert Behandlung der letzteren. Es hilft energisches Schwitzen, das erreicht wird durch Trinken von heißem Lindenblüten- oder Fließtee. Auch Medikamente und heiße Packungen erreichen dasselbe. Das wichtigste Vorbeugungsmittel ist auch hier wie bei allen Erkältungskrankheiten die Abhärtung. Der Körper wird dadurch widerstandsfähiger und trotz nicht nur dem Schnupfen, sondern auch schwereren und ernsteren Erkrankungen. Wem es nicht vergönnt ist, morgens unter die kühle Brause zu gehen oder ein vernünftig temperiertes Bad zu nehmen, kann dasselbe durch morgendliche Abwaschungen und Abreibungen des ganzen Körpers erreichen. Man nimmt am besten Wasser von 20—25 Grad Celsius und

legt besonderen Wert auf anschließendes Trockenfrottieren, das im Körper eine wohltuende Wärme hervorruft. Man beginnt mit einer höheren Temperatur und geht allmählich herunter. Für Herzranke ist besondere Vorsicht am Platze. Sie sollten überhaupt keine Heilungsmaßnahmen auf eigene Faust ergreifen. Besteht höheres Fieber, so muß der Kranke natürlich das Bett hüten. Es werden dann zur Senkung der Temperatur mit Vorteil kühlere Umschläge gegeben. Es genügt, wenn diese kühlen Packungen um Waden oder Oberschenkel gelegt werden.

Bei leichteren Fällen von Schnupfen ist es angebracht, falls das Wetter nicht zu rauh ist, im Freien spazierenzugehen, natürlich entsprechend warm angezogen. Es hat sich gezeigt, daß das ängstliche Hüten des Zimmers in keiner Weise förderlich ist. Selbstverständlich ist das Allgemeinbefinden von ausschlaggebender Bedeutung, und man gehe in dieser Hinsicht nicht zu radikal vor.

Dr. Dr. Herbert Meckies

Europas Stahlerzeugung holt auf

Mit einem Rohstahlausstoß von rund 73,9 Mill. Mehrtonnen erzielte Europa ausschließlich der Sowjetunion im abgelaufenen Jahr einen Produktionsrekord. Wie aus dem neuesten Bericht der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) hervorgeht, nahm die westeuropäische Rohstahlproduktion (in Mill. t) von rund 58,1 im Jahr 1951 auf rund 63 im Jahr 1952 zu, die Osteuropas von rund 9,5 auf 10,9. Größter Rohstahlproduzent in Westeuropa war Großbritannien mit 16,4. An zweiter Stelle stand die Bundesrepublik mit 15,8, an dritter Frankreich mit 10,9, an vierter Belgien mit 5,1.

An Roheisen erzeugte Europa ausschließlich der Sowjetunion in den ersten neun Monaten des verflossenen Jahres 53 gegenüber 49,1 im entsprechenden Zeitraum 1951.

Die Eisenerzförderung stieg in der gleichen Zeit von 65,8 auf 76,3, die Hüttenkokserzeugung von 55,6 auf 61.

Der Rohstahlausstoß der USA war 1952 wegen des ausgedehnten Stahlarbeiterstreiks im Sommer um 10% niedriger als 1951. Die gegenwärtige amerikanische Rohstahlerzeugung entspricht — auf Jahresbasis umgerechnet — etwa einer Jahreserzeugung von 105 Mill. t. Die Rohstahlerzeugung der Sowjetunion stieg nach den Angaben der ECE von 31 Mill. t 1951 um 12% auf 35 Mill. t 1952.

mäßigem Wissen und der Folgerung. Wendet man das rationale Verfahren auf einem Gebiete an, wo alle Werte irrational sind, so ist das paradox. Das „Wissen“ stumpft jene Sensibilität und Intuition ab, der man bei der Kunst bedarf. Das schließt das Denken in Kategorien aus und macht die Wissenschaftler — der Beispiele sind Legion — zum Narren der Gedanken.

Wenn wir unserer Zeitschrift den Druck eines Gemäldes des Dortmunder Künstlers Jurgons beilegen, dann wollen wir jedem Kollegen eine Freude machen. Wenn er uns sagt: „Das Bildchen hat mich gefreut, es ist schön!“, dann freuen wir uns — ohne beiderseitige lächmännische Begütachtung, auf die wir alle gern verzichten.

KULTURELLE BLITZLICHTER

Wir suchen vergeblich

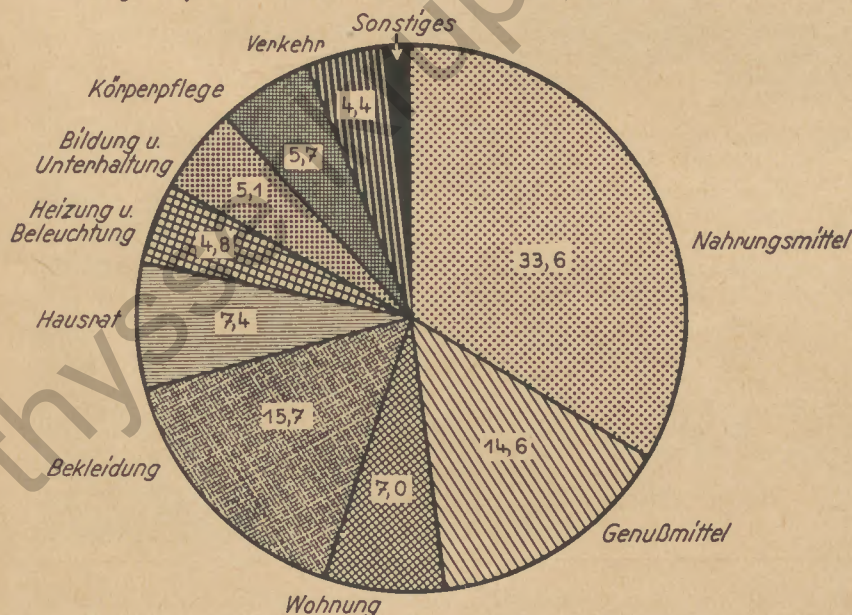
Der festlich begangene 90. Geburtstag des am 6. Juni 1946 verstorbenen Gerhart Hauptmann sollte die Anregung geben, darüber nachzudenken, wie bedeutsam der Einfluß der deutschen Literatur auf das gesamte nationale Leben einst war und wie bedeutungslos er heute ist.

Bleiben wir bei Hauptmann. Es ist kein historischer Zufall, daß sein literarischer Aufstieg eine politische Parallele fand im Aufstieg der Arbeiterbewegung, daß seine „Weber“ zu einem Manifest wurden wie etwa „Das kommunistische Manifest“ von Marx, daß, wer auch immer sich für Hauptmann entschied, sich gegen Bismarck — als Begriff — bekannte. An sich „unpolitische“ Dramen hatten stärkste politische, und zwar nachhaltige Wirkung. Sie formten die Menschen und mit den Menschen das nationale Leben. Literatur und Politik waren keine Antipoden, sie waren vielmehr verschwistert.

Die Geschwister haben sich auseinandergelebt. Soweit wir überhaupt noch geistig-literarische Köpfe haben, stehen sie ratlos und haltlos in der geistigen Auseinandersetzung der Zeit, die zwischen Freiheit und Diktatur pendelt. Sie haben den Boden unter ihren Füßen verloren — den Boden im lebendigen Volke, aus dem allein eine lebensfähige Literatur erwachsen kann. Das hat mit der bequemen Behauptung von der „Abkehr der Massen vom Geist“ wahrlich nichts zu tun. Das bliebe nicht allein auf Deutschland bezogen. In Frankreich, England, Italien haben die Literaten zwar auch nicht mehr den großen Einfluß, wie sie ihn früher hatten. Aber Mauriac, der neue Nobelpreisträger, Cooper usw. stehen im heutigen Tag und im heutigen Leben. Und es bedarf keiner

Privater Verbrauch

in vH je Kopf der Bevölkerung im Bundesgebiet 1951/52*)



*) 1.7. 1951 bis 30.6. 1952

IFO-INSTITUT für Wirtschaftsforschung München

Frage, daß Guareschkis „Don Camillo und Beppone“ eine große politische Ausstrahlung hat.

Was und wen haben wir in Deutschland? Im heutigen Deutschland größter sozialer und politischer Spannungen und Auseinandersetzungen? Wo ist der mutige Literat und Dramatiker, der über sie aussagt?

Vor zwanzig Jahren

Man sollte ab und zu zurückschauen, um für Gegenwart und Zukunft zu lernen.

Nach der „Machtübernahme“ fehlten Hitler 50 Mandate an der absoluten Mehrheit. Seine „Reichsregierung“ beantragte durch das Ermächtigungsgesetz das Recht, Gesetze zu erlassen, auch wenn diese im Widerspruch zur Verfassung stehen. Dem offiziellen Bericht der Reichstagssitzung vom 23. März 1933 ist zu entnehmen:

„...Im Anschluß an die Ausführungen des Reichskanzlers geben die Abgeordneten Kaas (Zentrum), Ritter von Lex (Bayerische Volkspartei), Maier (Staatspartei) und Simpfendorfer (christlich-sozial) für ihre Fraktionen die Erklärung ab, daß sie für das Ermächtigungsgesetz stimmen. Nach einer Rede des Reichstagspräsidenten Göring wird das Ermächtigungsgesetz in dritter Lesung mit 441:94 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, verabschiedet. Der Reichstag vertagt sich auf unbestimmte Zeit.“

Die 94 Stimmen waren die der SPD-Fraktion. Die Abgeordneten der KPD wurden an der Ausübung des Mandats gehindert.

— Es ist manchmal leicht, Gesetze zu erlassen oder ihnen zuzustimmen. Es ist manchmal schwer, die Folgerungen zu sehen und — zu tragen.

Das gute Buch

Deutsch gut sprechen und schreiben

In der Schriftenreihe „Die Kaufmannsgehilfenprüfung“ des Vulkan-Verlags Dr. W. Classen, Essen, hat Dipl.-Handelslehrer Mathias Rute eine sehr ansprechende, rund 100 Seiten umfassende Schrift „Deutsch gut sprechen und schreiben“ herausgegeben. „Als ich mich an dieses Büchlein heranmachte“, schreibt der Verfasser, „galt es vor allem, die Gefahr der Trockenheit und Langweiligkeit zu vermeiden. Zu oft habe ich es in der Schule erfahren, daß für viele die Beschäftigung mit der Sprache eine trockene, spröde Sache ist, die abstößt, nicht anzieht. Dieser Gefahr wollte ich durch lebendige Darstellung, immer von der gesprochenen Sprache ausgehend, begegnen.“ Das ist dem Verfasser recht gelungen. Das Büchlein ist — nicht nur den Jugendlichen — durchaus zu empfehlen.

WOHNUNGSTAUSCH

Biete:

161. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Speisekammer, Miete 45,— DM.
162. 2-Zimmer-Wohnung, mit Keller und Waschküche, Miete 27,90 DM.
163. 2-Zimmer-Wohnung, sonnig, kleine Diele, Balkon, abgeschlossen, am kleinen Borsigplatz (Dürener Straße), Miete 30,— DM.
164. 1 Zimmer in der Borsigstraße, eigener Eingang, Miete 20,— DM, III. Etage.
165. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Toilette und Balkon, Erdgeschoß, Werksnähe, Miete 30,25 DM.
166. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in der Schützenstraße, Erdgeschoß, Eigentümer: Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, Miete 28,— DM.
167. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Erdgeschoß, Miete 31,— DM.
168. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Speisekammer, Miete 39,60 DM.
169. 2-Zimmer-Wohnung, in der Oesterholzstraße, II. Etage, Miete 28,— DM.
170. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Baderaum, Miete 39,50 DM, Lübecker Straße.
171. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Herbern, Miete 15,— DM.
172. 2-Zimmer-Wohnung in Dortmund-Aplerbeck, Miete 21,— DM.
173. 3-Zimmer-Wohnung mit Kochküche, in Scharnhorst, Miete 35,— DM.
174. 2-Zimmer-Wohnung, in Werksnähe, Miete 27,50 DM.
175. 2-Zimmer-Wohnung, mit eingerichteten Bad, in Hombruch.
176. 5-Zimmer-Wohnung, Dachgeschoß (davon 2 Mansarden), in Wickede, Miete 22,— DM, mit großem Stall und Keller.
177. 2-Zimmer-Wohnung, in der Schillerstraße, Miete 28,— DM.
178. 3-Zimmer-Wohnung mit Balkon, II. Etage, Werkswohnung, in der Albertstraße.
179. 2-Zimmer-Wohnung in der Hirtenstraße, I. Etage, Miete 24,— DM.
180. 3-Zimmer-Wohnung (Neubau), mit Garten, in Hombruch, Miete 35,— DM.
181. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon und Speisekammer, Werksnähe.

Suche:

- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, am Borsigplatz.
- 2-Zimmer-Wohnung mit Stall in Brambauer oder Lünen.
- 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad (keine Mansarden), im Süden oder Südwesten. Der Umzug wird bezahlt.
- 1 Zimmer, gleichwertig, nicht zu hohe Miete.
- 2- bis 2½-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Waschküche, in Wambel, Körne, Scharnhorst oder Kirchderne.
- 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in der Umgebung der Schützenstraße.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, möglichst Etagenwohnung.
- 4-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, auch außerhalb.
- 3- bis 4-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, auch außerhalb.
- 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
- 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
- 3-Zimmer-Wohnung, mit Kochküche, in Werksnähe.
- 2- bis 2½-Zimmer-Wohnung, wenn möglich abgeschlossen, auch außerhalb im Vorort Dortmunds.
- 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in der Stadt.
- 3-Zimmer-Wohnung, im Vorort oder Stadtmitte.
- 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.
- 3-Zimmer-Wohnung, wenn möglich Siedlungswohnung, Nähe Fredenbaum.
- 3-Zimmer-Wohnung in der Stadt.
- 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund (möglichst Neubau).
- 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Hombruch, Brünninghausen oder Barop.

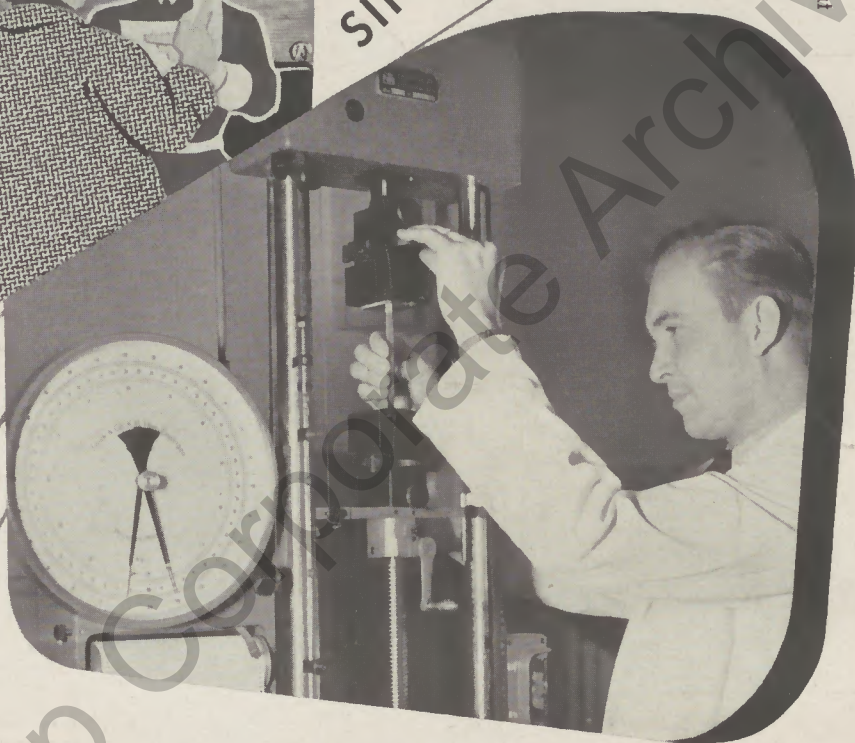
Nähere Auskunft erteilt Abteilung Wohnstätten, Zimmer 7.





SIND ERFORDERLICH

KONTROLLEN



im Privat- und Wirtschaftsleben, um den reibungslosen Ablauf des täglichen Geschehens zu gewährleisten.

Bei uns werden in den Abteilungen unserer modern eingerichteten Versuchsanstalt zum Teil nach eigenen Prüfungsmethoden laufend Kontrollen vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt durchgeführt. Dies ist mit ein Grund für die stets gleichbleibende Güte unseres Materials.

Wir erzeugen: Handelsbleche, Qualitätsbleche, Breitband, Handelseisen, Qualitätsstähle, Betonsonderstahl, Oberbaumaterial, Spundwandeseisen, Schmiedestücke, Grubenausbau, Drahterzeugnisse, Nebenerzeugnisse



WESTFALENHÜTTE A.G.
D O R T M U N D